

Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei
in der tschechoslowakischen Republik.

6. Jahrgang.

Mittwoch, 24. März 1926.

Nr. 71.

Druckbedingungen:

Bei Zustellung ins Haus oder
bei Bezug durch die Post:
monatlich Ks 16.—
vierteljährlich 48.—
halbjährig 98.—
jährlich 192.—

Rückstellung von Manu-
skripten erfolgt nur bei Ein-
sendung der Retourmarken.

Erscheint mit Ausnahme
des Montag täglich (1926)

Das Wert der allnationalen Koalition.

Ein Kapitel zum Nachdenken für alle,
besonders die tschechischen Sozialdemokraten.

In dem offiziellen Lobgefang, welchen die „Prager Presse“ gleich am 19. März der abtretenden Regierung widmete, stellte sie dem scheidenden Ministerpräsidenten das nachstehende Zeugnis aus:

„Was er mit seinem ersten und zweiten Kabinett politisch geschaffen hat, steht vollkommen aus, am ihn für alle Zeiten an eine der ersten Stellen der tschechischen Politik der tschechoslowakischen Republik zu stellen.“

Das darf geschrieben werden, und das soll gepulst werden, just in einem Augenblick, da die allnationale Koalition vor ihrem eigenen Werk davonläuft, weil sie aus dem Chaos, das ihre Staatskunst herbeigeführt hat, keinen anderen Ausweg weiß, als die Flucht vor der Verantwortung und die Abwanderung zugunsten der Bürokratie. Es ist wahr, die Regierung Svehla hat sich für alle Zeiten in die Annalen der tschechoslowakischen Republik eingezeichnet, aber in einem ganz anderen Sinne, als ihre berufsmäßigen Lobredner uns glauben machen wollen.

Die Regierung Svehla war die Regierung der politischen Reaktion. Von allem Anfang an vermochte das nationalistische System die Rinderheisnationen und einen Großteil des tschechischen Proletariats nicht demokratisch zu regieren, sondern nur mit Polizeimethoden niederzuhalten, deren reinsten Ausdruck das erste Beamtenkabinett Cerny war. Aber die allnationale Koalition, die Regierung Svehla, welche im Oktober 1922 ihr Amt antrat, hat den Druck der Reaktion bis ins Unerträgliche gesteigert. Sie hat das Schutzgesetz geschaffen, das die stumpf gewordenen Waffen des alten Strafgesetzes durch neue, schärfere und wirksamere ersetzte, und das dann im Verein mit einem ganzen Arsenal altosterreichischer Polizeigesetze die politische Freiheit zerstörte. Die unzähligen Strafen für bloße Versammlungsreden, die Versammlungsverbote, die Auflösung von Vereinen und Gewerkschaftsorganisationen, das Aufgebot von Militär und Gendarmerie gegen Streikende, die Konfiskation von Wahlausrufen, die Unterdrückung jeder oppositionellen Kundgebung, bis zu dem Rufen des Polizeiknüppels in Karlsbad und zur Konfiskation der verfassungsmäßigen Rechte durch einen Polizeikommissar, diese Stationen der Reaktion bezeichnen den Leidensweg des politischen Lebens unter der Herrschaft der allnationalen Koalition.

Die allnationale Koalition hat auch das Presserecht nach rückwärts reformiert. Das Schutzgesetz hat die Konfiskationsmöglichkeiten ins Unendliche gesteigert, die Pressenovelle vom Jahre 1924 hat es dahin gebracht, daß selbst die Kunstkritik nicht mehr frei ist! Der Druck der Konfiskationspraxis hat bewirkt, daß sich manche Blätter freiwillig der Zensur unterwarfen, welche schon im Jahre 1848 abgeschafft wurde.

Ihre moralische Rechtfertigung vor den Massen sucht die Koalition in ihren sozialpolitischen Leistungen, wobei sie sich unbedenklich mit fremden Federn schmückt und die Früchte der Revolution als ihre Geschenke ausgeben möchte. Aber hat die Koalition etwa den Achtundzestag geschaffen? Hat nicht vielmehr ihre Praxis dazu geführt, daß er tausendfach durchbrochen wurde? Hat die Koalition die Sozialversicherung geschaffen? Sie hat nach endlosen Verschleppungsmanövern ein Gesetz zustande gebracht, das heute noch nicht in Kraft ist, aber ihre eigentliche Arbeit dabei lag in der gründlichen Verschlechterung der von den Fachmännern ausgearbeiteten Vorlage und in der Zerstörung der Autonomie.

Der wirkliche soziale Gehalt der Koalition zeigt sich deutlich in dem Verhalten des Staates als Arbeitgeber. Eines der ersten Werke der Regierung Svehla war das sogenannte zweite Dezembergesetz, die Herabsetzung der Staatsbeamtenbezüge, welche zu einer allgemeinen Offensive der Unternehmer auf die Löhne der Arbeiter das Signal gab. Und endlich das Abbaugesetz, das hunderte und aberhunderte Existenzen vernichtete, das — im Zeichen der Verwaltungsreform! — den Beamtenapparat desorganisierte, so daß zum Beispiel die Post stellenweise zum Verkehrshindernis wurde, müßte nicht dieses eine Gesetz allein alles Gerede von der Sozialpolitik der Koalition zum Schweigen bringen?

Wenn heute die Lebenshaltung der breiten Massen in der Tschechoslowakei auf einem geradezu erschreckenden Tiefstand steht, so trägt auch daran die Koalitionspolitik ihr vollendetes Maß von Schuld. Ihre verkehrte Handelspolitik untergrub die Exportmöglichkeiten der Industrie die Erschließung neuer Absatzmärkte, — man denke nur an das Spiel mit der Anerkennung Sowjetrußlands —, wurde von der Reaktion planmäßig hintertrieben. Ebenso wie die Koalition für die Produktionsförderung nichts geleistet hat, ebenso vollständig versagte sie im Kampf gegen die Teuerung. Als die Getreidepreise sanken, führte sie Getreidezölle ein, als der Zucker billiger wurde, schloß sie mit den Industriellen einen Vertrag, der die Verbraucher um die Preisdifferenz betrog. Die allnationale Koalition hat die Umsatzsteuer und die Kohlensteuer, die nur als vorübergehende Auskunftsmaßnahme gedacht waren, in dauernde Lasten umgewandelt, sie hat die Steuern der Arbeiter rückwärts eingetrieben, während sie gleichzeitig für die Banken Sanierungsfonds schuf und den Kapitalisten freigiebige Steuererlasse machte. Auf diesem Boden mußte auch die Korruption üppig gedeihen, deren teilweise Aufdeckung im Jahre 1924 die ganze Öffentlichkeit in Schrecken versetzte, deren Klärung aber von der herrschenden Mehrheit hintertrieben wurde.

Wenn von Korruption die Rede ist, dann stellt sich zwangsläufig der Gedanke an die Bodenreform ein. Sie wurde zum Schacher und Bodentwucher mißbraucht, von dem nicht die Opposition, sondern eine Koalitionsabgeordneter sagte, daß der berühmte Chabrus der siebziger Jahre dagegen eine Idylle war. Fragt die deutschen Gemeinden, fragt die Kleinbauern und Kleinhandwerker, die sich um Boden bewerben, fragt die Pächter von Eisenstein, denen das Bodennam die ihnen gerichtlich ins Eigentum zugesprochenen Gründe rechtswidrig vorenthält, sie werden ein anderes Urteil über die Regierung Svehla fällen, als die „Prager Presse“!

Daß allen reaktionären Maßnahmen der nationalistische Zug nicht fehlte, daß die planmäßige Tschechisierung oft genug das treibende Motiv für ihre Anwendung war, muß nicht wiederholt werden. Aber darauf muß hingewiesen werden, daß die Koalition, statt einer Regierung der Schulreform, eine Regierung der Schuldrosselungen gewesen ist, und daß die Zahl der Schulklassen, die sie vernichtet hat, in die Tausende geht. Ihre positiven Leistungen auf kulturellem Gebiete sind dagegen nahezu Null, es sei denn, man wollte das feige Zurückweichen vor dem Merkantilismus zu ihren kulturellen Leistungen rechnen.

Auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens war das Wirken der Koalition reaktionär, antisozial und chauvinistisch. Unter heuchlerischen Verbeugungen vor der Demokratie hat sie die Demokratie unterwühlt und ausgehöhlt, bis sie zur inhaltslosen Form wurde, um dann auch die Hülle wegzuworfen, so daß sie in nackter Häßlichkeit dastand. Unter der Regierung Svehla entwickelte sich die Rötta aus einem technischen Hilfsmittel der Mehrheit zur oligarchischen Spitze eines kaum noch verdeckten Absolutismus. Unter der Regierung Svehla wurde die

Mißachtung des Parlaments zum offenen Verfassungsbruch gesteigert. Die Einführung der Agrarzölle im Verordnungswege, die Einhebung einer privaten Verträge, die Erlassung einer Abgabensordnung, die gegen den zwingenden Wortlaut des Gesetzes dem Parlament nicht vorgelegt wurde, diese Handlungen einer konstitutionellen Regierung gaben der Bürokratie das gute Beispiel für ihre kleineren und größeren Uebergriffe. Durch die Erlassung der Sprachenverordnung als Diktat, im Widerspruch zu einer ausdrücklichen Vereinbarung zwischen der Regierung und der Osmännerkonferenz, also allen Parteien des Parlaments, vervollkommnete die Regierung Svehla ihre Methoden von der Heuchelei und Verstellung bis zum glatten Wortbruch. Und noch die letzte Tat der Koalition war eine Lüge. In namenhafter Abstimmung sprach sie der Regierung das Vertrauen aus, die zu stürzen sie bereits

entschlossen war, sie prästie mit ihrer Stärke und Geschlossenheit, während sie wußte, daß ihr Zerfall nur eine Frage von Tagen, ja von Stunden war.

Schon sind Kräfte eifrig am Werk, welche die auseinandergefallene Koalition noch einmal aufrichten wollen. Wieder, wie im Jahre 1921, soll Cerny ihr Wegbereiter sein. Aber die Situation hat sich seit damals gründlich gewandelt. Erschien es damals als einziger Ausweg einer schweren Krise des Staates, daß sich die „staatsbehaltenden“ Parteien koalitierten, so hat ihre vierjährige Zusammenarbeit Arbeiterwiesen, daß sie nichts anderes vermochten, als die Krise zu verschärfen und die Verwirrung zu steigern. Sie mögen sich noch einmal zusammensetzen. Aber die Komödie wäre zu durchsichtig, um nicht durchschaut zu werden. Sie könnte nur das Vorbild sein für den von der überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung seit langem ersehnten endgültigen Zerfall der allnationalen Koalition!

Unterhaus-Debatte über Genf.

Rede von Lloyd George — Chamberlain. — Chamberlain leugnet jede Verpflichtung bezüglich Bolens. — Brasiliens Stellung war Deutschland bekannt. Macdonald: Der jämmerliche Mißerfolg Chamberlains Schuld.

London, 23. März. Heute abend begann im Unterhaus die mit Spannung erwartete Debatte über die Genfer Ereignisse, in der Chamberlain für das Fehlschlagen der Genfer Völkerbundtagung Rechenschaft ablegen soll.

Lloyd George leitete die Debatte über die Voranschläge des Foreign Office ein, indem er eine Verminderung der Voranschläge beantragte, um, wie er bemerkte, die Aufmerksamkeit auf die Vorgänge in Genf und die dortige Tätigkeit des britischen Vertreters zu lenken. Lloyd George sagte u. a.: Zweierlei wird kritisiert; erstens, daß die Völkerbundmächte für den Fehlschlag in Genf verantwortlich seien und zweitens, daß es ein Fehlschlag sei, der das Werk des Friedens in solchem Maße schädige, daß selbst viele von Chamberlains besten Freunden über die Wirkung zweifelhaft seien. Es sei sehr unerfreulich, den Bericht über die gestrige Debatte in amerikanischen Senats zu lesen; denn während alle gehofft hätten, daß Amerika in den Völkerbund kommt und damit dem Völkerbund zum vollen Erfolg verhelfen wird, könne jetzt kein Zweifel darüber bestehen, daß die jüngsten Ereignisse die Vereinigten Staaten in einem Maße abgestoßen und abgeschreckt haben, wie nichts sonst seit längerer Zeit. Schweden, das in Genf mutig den richtigen Weg eingeschlagen habe, sei als eigenfönnig und unverbesserlich pro deutsch behandelt worden, obwohl es mehr getan habe, als irgend ein anderer, um den Völkerbund durch seinen Rücktritt und durch sein Opfer zu retten. Als nächster Redner spricht Staatssekretär des Äußern

Kusten Chamberlain. Unter dem Beifall der Regierungsanhänger macht er dem Vorredner den Vorwurf, er habe nicht einmal seine Ankunft in Genf abgewartet, sondern schon vorher an die amerikanische Presse einen Bericht telegraphiert, worin er seine (Chamberlains) Tätigkeit verurteilte und seine Ehrenhaftigkeit in Zweifel zog. Chamberlain dementierte vor allem kategorisch, daß bei seiner Unterredung mit Briand auf seiner Rückreise nach Italien irgend eine Verpflichtung zwischen Briand und ihm bezüglich der polnischen Ansprüche oder in irgend einer anderen Richtung eingegangen worden sei.

Er habe weder Briand veranlaßt, noch ermutigt, einem polnischen Anspruch Nachdruck zu verleihen. Chamberlain erklärte weiter, sich mit dem Vorwurf der

Neutralität gegenüber Deutschland befassend, es sei seltsam, daß dieser Vorwurf von einem Engländer und nicht von einem Deutschen erhoben worden sei. (Beifall auf der Regierungseite). Zu der Stimmung in Amerika habe Lloyd George seinen Anteil durch seine Artikel beigetragen, in denen er infiniert habe, was er heute dem Hause nicht zu sagen wage.

Kein Land habe, bevor dies in Genf vorgelesen wurde, mit Ausnahme Brasiliens und Deutschlands davon gewußt, daß Brasilien allein von allen Mächten auf die deutsche Anfrage vom September 1924 eine Antwort erteilt hatte, in der es ablehnte, sich zu verpflichten, Deutschlands

Wahl für einen ständigen Sitz im Völkerbund im Voraus zu unterstützen, und in der es erklärte, dies sei eine Frage, die der Völkerbund selbst erörtern müsse.

Chamberlain fragte, ob nicht diese Antwort Deutschland hätte veranlassen müssen, auf der Hut zu sein.

Im weiteren Verlaufe der Rede brachte Chamberlain zum Ausdruck, daß er zurücktreten würde, wenn die heutige Abstimmung ablehnend ausfalle.

Chamberlain erklärte, die

Instruktionen,

mit denen er nach Genf gegangen sei, seien gewesen, daß die britische Politik unter dem Vorbehalt, daß er die nach seinem Ermessen entsprechend der Entwicklung der Lage bestmöglichen Vereinbarungen treffen könnte, sich auf folgende Prinzipien gründen sollte:

1. daß keine Aenderung im Völkerbunde vorgenommen werden sollte, welche die Wirkung haben würde, den Eintritt Deutschlands zu verhindern oder zu verzögern;
2. daß es am besten wäre, wenn Deutschland als Mitglied des Völkerbundes die volle Verantwortlichkeit für irgendwelche weiteren Veränderungen im Rat außer seiner eigenen Zustimmung haben sollte;
3. daß die Regel, wonach nur Großmächte ständige Mitglieder sein sollten, im Prinzip aufrechterhalten werden sollte;
4. daß Spanien in einer Sonderstellung sei und eine Ausnahmebehandlung beanspruchen könnte;
5. daß weder Polen noch Brasilien gegenwärtig einen ständigen Sitz erhalten sollten, daß aber Polen sobald wie möglich ein ständiger Sitz gegeben werden sollte.

Als er Genf erreicht habe, sei er sofort dazu übergegangen, entsprechend zu handeln. Auf Schweden sei kein Druck irgend welcher Art ausgeübt worden, so vorzugehen, wie es vorgegangen ist. Die privaten Besprechungen und das Verfahren in Genf im allgemeinen seien die einzigen Methoden gewesen, bei denen die Würde und die Gefühle Deutschlands in angemessener Weise berücksichtigt werden konnten. Die Öffentlichkeit der Erörterungen während der ganzen Konferenz hätten Deutschland in eine unmögliche Stellung gebracht.

Nach Chamberlain sprach

Macdonald,

der u. a. erklärte, wenn sich Chamberlain einbilde, daß der Name und der Einfluß Großbritanniens höher oder ebenso hoch sei wie zu irgendeiner Zeit seit dem Kriege, so sei das Mindeste, was er dazu sagen könne, daß Chamberlain nicht die Zeitungen lese und nicht die Ansichten der auswärtigen Länder kenne.

Chamberlains Haltung habe zu dem jämmerlichsten Mißerfolge geführt.

Die Debatte schloß mit der Rede des Führers der Eisenbahner Thomas, der erklärte, daß Chamberlain die Verwirrung angerichtet habe, die Genf in Latein versetze.

Die Schlussrede vor der Abstimmung wird der Premierminister Baldwin halten.

Inland.

Die letzte In. der Koalitionsregierung.

Oder ist es die erste Tat der neuen Beamtenregierung? Aus einer im Amtsblatt der tschechoslowakischen Republik am 20. März veröffentlichten Kundmachung ist zu ersehen, daß die Regierung (welche?) dem Minister für die Slowakei die Vollmacht erteilt hat, für die Slowakei Ausnahmsverfügungen durch Verordnungsgewalt zu treffen. Die Kundmachung lautet:

Die Regierung der tschechoslowak. Republik hat dem Minister Dr. Josef Kallay auf Grund der Bestimmungen des Paragraphen 14 des Gesetzes vom 10. Dezember 1918, Nr. 64, der Sammlung der Gesetze und Verordnungen mit Beschluß vom 19. März 1926 die Vollmacht gegeben, für die Slowakei Verordnungen herauszugeben und alles zur Erhaltung der Ordnung, der Konsolidierung der Verhältnisse und der Sicherung eines geordneten staatlichen Lebens in der Slowakei zu unternehmen.

Das bedeutet nicht mehr und nicht weniger, als daß es von nun an dem Herrn Dr. Josef Kallay in die Hand gegeben ist, in der Slowakei nach Belieben zu schalten und die staatsbürgerlichen Rechte der Bevölkerung außer Kraft zu setzen. Er wird dadurch auf dem Gebiete der Slowakei zum Diktator, der, wie er eben meint, zur „Erhaltung der Ordnung“ usw. jeden Augenblick den Ausnahmezustand verhängen kann. Er wird einfach ermächtigt, „alle s“ zu unternehmen, was ihm geeignet erscheint, diesem Zweck zu dienen. Es sind ihm also gar keine Schranken gesetzt; er braucht dem Parlamente darüber keine Rechenschaft zu geben und ist weder an ein Ausmaß dieser außerordentlichen Verfügungen noch an ein Zeitalter für ihre Geltungsdauer gebunden!

Diese dem Minister für die Slowakei ausgestellte Vollmacht, die das letzte Werk des abgetretenen Herrlichen Innenministers sein dürfte — denn nur diesem Kopfe kann die Idee dazu entsprungen sein — steht in jeder Weise mit den geltenden Gesetzen im Widerspruche. Die Kundmachung beruht sich auf das Gesetz vom 10. Dezember 1918, also auf ein Gesetz, das noch von der revolutionären Nationalversammlung beschlossen wurde. Die Dauer dieses Gesetzes ist zwar darinnen nicht angegeben, aber schon sein Inhalt zeigt, daß seine Geltungsdauer nur eine beschränkte war und nur den Zweck hatte, die Verhältnisse in der Slowakei bei deren Ueberführung aus dem ungarischen in den tschechoslowakischen Staatsverband vorläufig zu regeln. Das sagt schon der Titel: „Gesetz betreffend außerordentliche Uebergangsbestimmungen in der Slowakei.“ Und noch mehr geht dies aus dem Inhalt des Gesetzes hervor, das die Uebernahme in die Staatsverwaltung regelt. Der Paragraph 14 ermächtigt wohl die Regierung eines ihrer Mitglieder zu beauftragen, Verordnungen herauszugeben, welche zur „Erhaltung der Ordnung“ usw. dienen, aber auch diese Bestimmung ist ganz unzweifelhaft nur für die Zeit des Uebergangs gedacht gewesen. Wenn darüber noch ein Zweifel bestünde, so wird er durch das „Gesetz Nr. 300 betreffend die Erlassung außerordentlicher Verfügungen“ beseitigt. Dieses Gesetz vom 14. April 1920, das ein Teil der Verfassungsgesetze ist, regelt die Möglichkeit der Erlassung von außerordentlichen Verfügungen für das ganze Staatsgebiet und von seiner Geltung kann wie auch bei jedem anderen Gesetz die Slowakei nicht ausgenommen sein. Nach diesem Gesetz kann nur die Regierung unter Genehmigung des Präsidenten der Republik für ein Gebiet außerordentliche Verfügungen erlassen. Aber freilich, dem Herrlichen Herrn Dr. Josef waren Gesetze Gefuda und wenn er es duldet, daß sogar ein Polizeirat über eine Stadt den Ausnahmezustand verhängt, warum sollte er nicht auch einem Minister die Gewalt erteilen, den Ausnahmezustand über ein ganzes Staatsgebiet zu verhängen!

Diese Kundmachung wird sicher im Parlamente zur Sprache gelangen, denn die slowakischen Abgeordneten dürften kaum geneigt sein, diese Verfügung ruhig hinzunehmen, welche die Bevölkerung der Slowakei außerhalb des Gesetzes stellt. Der Grund für diese Verfügung dürfte darin zu suchen sein, daß die Verhandlungen mit den Slowaken wegen ihres Eintrittes in die Regierung sich zerfallen haben und die Regierung Sobchla-Rosel zeigen wollte, was sie erwartet, wenn sie sich bodbeinig zeigen.

Das Mandat des Ministers Beneš.

Aus der nationaldemokratischen Presse übernahm eine Reihe tschechischer Blätter die Nachricht, Minister Beneš werde sein Mandat als Abgeordneter niederlegen. Zur Begründung dieses unerwarteten Schrittes des Außenministers wurde von den Blättern allerlei angeführt. Es hieß, Beneš könne als Abgeordneter der Nationalsozialisten nicht Minister in einem Beamtenkabinett bleiben, da seine Partei die beiden andern Minister doch auch abberufen habe. Nun war aber Beneš schon einmal Beamtenminister. Man hatte ihm immer eine Ausnahmstellung eingeräumt und er machte eigentlich stets eine Politik auf eigene Faust. Die „Národní listy“ ließen denn auch durchblicken, daß es sich um einen Konflikt zwischen Beneš und seiner Partei handeln müsse, der wesentlich andere Ursachen habe. Es verlautetete auch, daß Beneš

mit den faschistischen Treiberen der Herren Strbrny und Rabanel nicht einverstanden sei und sich von ihnen zurückziehen wüßte. Das Abendblatt des „České slovo“ berichtete von der bevorstehenden Entscheidung, ohne einen triftigen Grund anzugeben. Dienstag sollte die Entscheidung fallen, die Nationalsozialisten erklärten aber schließlich, es handle sich um Machinationen der Nationaldemokraten und es denke niemand daran, Beneš vor die Wahl zu stellen, Minister oder Abgeordneter zu bleiben.

Man wird also auch diese anscheinend auf persönlichen Intrigen beruhende „Krise“ ruhig abwarten können. Beneš wird seine Politik so oder so fortsetzen und sein allfälliger Nachfolger würde kaum eine andere machen. Es liegt an dem System und weniger an den Personen.

Wie man uns behandelt!

Der Bilsener Bezirkshauptmann unterliegt unjere Protestverammlung, weil die Ordnung gefährdet und weil ohnehin schon genug disnutiert worden ist.

Derzeit regnet es in der Republik Verjammungsberichte und Polizeimaßnahmen, so daß man glauben könnte, die Herren Bezirkshauptleute wollten einen Konkurrenzkampf in Beweisen reaktionärer Gesinnung ausfochten. Kein Tag fast vergeht, an dem nicht irgend ein Bezirkspräsident der Arbeiterschaft durch Verjammungsberichte den Grad begrifflich machte, den die tschechische Demokratie jeweils erreicht hat. Doch mögen die politischen Führer in Karlsbad, Aufjg. Brüx, Weipert und so weiter noch so tüchtig sein — sie sind die reinsten Wackelnaben gegen die Bezirkspräsidenten von Bilsen. Denn dort scheint ein Mann als verantwortlicher Leiter zu sitzen, der sein l. l. Verjammern vollkommen unverfehrt aus der alten Aera herübergerettet hat und der der Arbeiterschaft mit gleichbehandelnder Faust begreiflich machen will, daß er, der Herr Bezirkshauptmann, das Maß der Freiheit und insbesondere der freien Meinungsäußerung zu bestimmen hat. Im Falle der deutschen sozialdemokratischen Protestkundgebung in Bilsen hat dieser Herr seine Ansichten in folgendem Dokument zum Ausdruck gebracht, das wörtlich zitiert zu werden verdient:

Politische Expositur Bilsen.
Zahl 4050, Am 19 März 1926.
An Herrn
Wilhelm Wagner,
Parteisekretär der deutschen Sozialdemokratie.
Bilsen

Mit der am 13 d. M. hieramts eingelangten Eingabe haben Sie um die Bewilligung zur Veranstaltung einer öffentlichen Protestkundgebung am Sonntag, den 28. März 1926, um 10 Uhr vormittags am Marktplatz in Bilsen mit der Tagesordnung: „Gegen das Unrecht der Sprachenverordnung, gegen Polizeiwillkür und für die Forderungen des „Deutschen Gewerkschaftsbundes“ angeht.

Mit Bezug auf die Bestimmungen des Paragraphen 6 des Gesetzes vom 15. September 1867, § 135, N. 1, wird diesem Ansuchen keine Folge gegeben und die Abhaltung dieser Versammlung unter freiem Himmel untersagt.

Wie es deutschen Gemeinden ergeht.

Zur Praxis des Staatsbodenamtes.

Der Bodenreformauschuß des Verbandes der deutschen Selbstverwaltungskörper hat ein Verzeichnis jener deutschen Gemeinden aus Böhmen, Mähren und Schlesien, welche bis 15. März d. J. um Zuteilung beschlagnahmten Bodens eingeschritten sind.

Hiernach sind von 67 Bewerbungsfällen 24 vom Bodenamt noch nicht erledigt, 16 abweislich d. i. durch Zuteilung des begehrten Bodens an andere Bewerber, 5 disatorisch erledigt, 9 noch in bodenamtlicher Verhandlung 13 von unbekanntem Ergebnis. Hierbei sind von 35 Gemeinden und einem Bezirke insgesamt 10.422 Hektar Wald und 1207 landwirtschaftlicher Boden und Baugrund angesprochen. Angenommen, daß von den übrigen 20 als Bewerber ausgetretenen Gemeinden und Bezirken, welche das Ausmaß des angesprochenen Bodens nicht angeben, durchschnittlich gleichfalls je 323 Hektar Boden überhaupt bezw. 222 Hektar Wald angefordert wurden, so ergibt sich als Gesamtanforderung von 54 Gemeinden und Bezirken das Ausmaß von 18.089 Hektar Boden überhaupt bezw. 12.420 Hektar Waldboden.

Wie es deutschen Gemeinden ergeht, soll an einzelnen Beispielen darzulegen werden.

1. Die Gemeinde Bladowitz, Bez. Sternberg.
Ist unterm 14. August 1925 beim Bodenamt in Prag, bei der Distriktsstelle und dem Zuteilungskommissär in Olmütz um Zuteilung von 20 Hektar Ackerboden vom Hofe Bladowitz der Domäne Sternberg zur Weiterverpachtung an unermittelte Einwohner eingeschritten. In dessen wurden die nicht dem Besitzer des dortigen Hofes belassenen Grundstücke fremden Kolonisten zugewiesen, so daß die Gemeinde und die einheimischen Bewohner leer ausgehen, zumal der Besitzer von dem ihm belassenen Boden nichts abgibt.

2. Brüg.
Die Gemeinde ist am 16. Juli 1924 um die Einwilligung des Bodenamtes zum Ankauf des be-

schlagnahmten Meierhofes Rudelsdorf des Bistzerjenseer Stiftes Eslegg mit Grundstücken im Ausmaß von 98 Hektar 48 Ar eingeschritten, um das an die Stadt nächstangrenzende Verbauungsgebiet besonders zur Anlage von Arbeiterhäusern zu erwerben und um für die aus hygienischen Gründen anzu-schließbare Abwässer-Kläranlage notwendigen tiefer gelegenen Grundstücke nächst der Gemeinde zu gewinnen. Gleichzeitig wurde an das Bodenamt ein Ansuchen gestellt um Genehmigung des Ankaufes der ebenfalls dem Stifte Eslegg gehörigen Wirtschaft Nr. 11 in Welbuditz im Ausmaß von 25 Hektar 86 Ar, und zwar zum Zwecke der Aufrechterhaltung des angrenzenden städtischen Meierhofes in Tschöppern, dessen Grundstücke durch den fortwährenden Bergbau-Betrieb zum großen Teil schon verloren sind und durch die Welbuditzer Stiftsgründe ersetzt werden sollten, so daß der Hof Tschöppern durch diese Ergänzung wieder leistungsfähig würde und die dort beschäftigten meist älteren Handarbeiter nicht ihren Erwerb einbüßen müßten. Nach vor Entscheidung über dieses Gesuch wurde vom Bodenamt das Zuteilungsverfahren über die aus den genannten Meierhöfen gebildeten Restgüter vom 21. bis 30. November 1924 ausgeschrieben, in welchem die Gemeinde ihr Ansuchen am 27. November 1924 wiederholte unterm 20. Dezember 1924, § 61780 -24/13, erhielt dann erst die Gemeinde den Bescheid des Bodenamtes, womit ihr Ansuchen um Genehmigung des Ankaufes dieser Restgüter auf die vielen bedürftigen Anwärter auf beschlagnahmten Boden und auf den angeblich hinreichenden Gemeindegrundbesitz abgewiesen wurde, ohne ein Wort über die von der Gemeinde geltend gemachten, gewiß höchst rücksichtswürdigen Gründe des öffentlichen Interesses zu verlieren, welchen nach dem Zuteilungsgesetze unbedingt der Vorrang gebührt. Die gegenständlichen Restgüter sollen denn auch den fremdbürgerlichen Bewerbern Fekera und Sevic occupiert worden sein, wogegen die Gemeinde bis heute keine Verhandlung von dem Ergebnis des Zuteilungsverfahrens erhalten hat.

Wie man uns behandelt!

Es wird weiter gewürfelt. Der Ministerpräsident Cerny hat die verschiedenen tschechischen Parteien einzeln vorgekommen, um ihnen seine Vorschläge zu unterbreiten. Seine Erklärungen laufen darauf hinaus, daß alles beim alten bleibe. Was das nun heißen soll, dürfte kaum jemand sagen können. Kommt das Beamtengefeß oder wird es gründlich geändert, kommen die Zölle oder nicht, wird Englis seine Steuerpläne durchsetzen oder nicht? Da alle diese Dinge in der Schwere waren und jede Partei sich eine andere Lösung vorstellte, wird wahrscheinlich jede meinen, es bleibe beim alten, wenn ihre Ziele verwirklicht werden. Auf jeden Fall dürfte der Pendel weiter das Auskunftsmitel der Regierung bleiben. In der Beziehung hat es noch jede Regierung beim alten gelassen.

Man fragt sich, ob man mehr über die An-maßung oder über die Borniertheit stehen soll, die aus diesem Ullas sprechen. Denn ist es einerseits nicht eine unerhörte Dreistigkeit, wenn der Herr Bezirkshauptmann darüber entscheidet befinden will, ob und daß der Bevölkerung schon „genügend Gelegenheit“ geboten wurde, ihre Meinung frei zu äußern? Und ist es andererseits nicht sträfliche Dummheit, anzunehmen, daß der Bezirkspräsident nur die Diskussion über ein Thema zu schließen brauche, und schon sei es erledigt? Der strenge Herr Papa sagt den Kindern: Jetzt habt Ihr Euch schon genug ausgesprochen, nun genug! Nun still! Dieser Bezirkspräsident muß ja ein Mustereemplar eines weltfremden Bürokraten sein, wenn er glaubt, daß er mit der Arbeiterschaft so umspringen, ja sie geradezu verhöhen kann! Die deutsche Arbeiterschaft empört nicht nur über die Sprachenverordnungen, sondern über das ganze tschechoslowakische Polizeisystem und erbittert über die arbeiterfeindliche Wirtschaftspolitik des Staates, will für ihre Forderungen die Wahrheit in die Ohren schreien — und irgendein Bürokrat schneidet ihnen das Wort ab, weil ja schon genug geredet wurde.

Wir sind der Meinung, daß dann „begründete Besorgnis“ um Ordnung und Ruhe entstehen dürfte, wenn solche Methoden polizeilicher Vormundschaft über eine ehr mündige arbeitende Bevölkerung hierzulande einzuwirken sollten. Denn solche Sprache und solche Handlungsweise werden die Arbeiter sich absolut nicht gefallen lassen!

Der Bezirkspräsident
Man fragt sich, ob man mehr über die An-maßung oder über die Borniertheit stehen soll, die aus diesem Ullas sprechen. Denn ist es einerseits nicht eine unerhörte Dreistigkeit, wenn der Herr Bezirkspräsident darüber entscheidet befinden will, ob und daß der Bevölkerung schon „genügend Gelegenheit“ geboten wurde, ihre Meinung frei zu äußern? Und ist es andererseits nicht sträfliche Dummheit, anzunehmen, daß der Bezirkspräsident nur die Diskussion über ein Thema zu schließen brauche, und schon sei es erledigt? Der strenge Herr Papa sagt den Kindern: Jetzt habt Ihr Euch schon genug ausgesprochen, nun genug! Nun still! Dieser Bezirkspräsident muß ja ein Mustereemplar eines weltfremden Bürokraten sein, wenn er glaubt, daß er mit der Arbeiterschaft so umspringen, ja sie geradezu verhöhen kann! Die deutsche Arbeiterschaft empört nicht nur über die Sprachenverordnungen, sondern über das ganze tschechoslowakische Polizeisystem und erbittert über die arbeiterfeindliche Wirtschaftspolitik des Staates, will für ihre Forderungen die Wahrheit in die Ohren schreien — und irgendein Bürokrat schneidet ihnen das Wort ab, weil ja schon genug geredet wurde.

Wie es deutschen Gemeinden ergeht.

Zur Praxis des Staatsbodenamtes.

Der Bodenreformauschuß des Verbandes der deutschen Selbstverwaltungskörper hat ein Verzeichnis jener deutschen Gemeinden aus Böhmen, Mähren und Schlesien, welche bis 15. März d. J. um Zuteilung beschlagnahmten Bodens eingeschritten sind.

Hiernach sind von 67 Bewerbungsfällen 24 vom Bodenamt noch nicht erledigt, 16 abweislich d. i. durch Zuteilung des begehrten Bodens an andere Bewerber, 5 disatorisch erledigt, 9 noch in bodenamtlicher Verhandlung 13 von unbekanntem Ergebnis. Hierbei sind von 35 Gemeinden und einem Bezirke insgesamt 10.422 Hektar Wald und 1207 landwirtschaftlicher Boden und Baugrund angesprochen. Angenommen, daß von den übrigen 20 als Bewerber ausgetretenen Gemeinden und Bezirken, welche das Ausmaß des angesprochenen Bodens nicht angeben, durchschnittlich gleichfalls je 323 Hektar Boden überhaupt bezw. 222 Hektar Wald angefordert wurden, so ergibt sich als Gesamtanforderung von 54 Gemeinden und Bezirken das Ausmaß von 18.089 Hektar Boden überhaupt bezw. 12.420 Hektar Waldboden.

Wie es deutschen Gemeinden ergeht, soll an einzelnen Beispielen darzulegen werden.

1. Die Gemeinde Bladowitz, Bez. Sternberg.
Ist unterm 14. August 1925 beim Bodenamt in Prag, bei der Distriktsstelle und dem Zuteilungskommissär in Olmütz um Zuteilung von 20 Hektar Ackerboden vom Hofe Bladowitz der Domäne Sternberg zur Weiterverpachtung an unermittelte Einwohner eingeschritten. In dessen wurden die nicht dem Besitzer des dortigen Hofes belassenen Grundstücke fremden Kolonisten zugewiesen, so daß die Gemeinde und die einheimischen Bewohner leer ausgehen, zumal der Besitzer von dem ihm belassenen Boden nichts abgibt.

2. Brüg.
Die Gemeinde ist am 16. Juli 1924 um die Einwilligung des Bodenamtes zum Ankauf des be-

3. Halbstadt, Bez. Brannau.

a) Das im März 1925 von der Bezirksverwaltungs-kommission Brannau im Namen mehrerer Gemein-den vorgelegte Gesuch um Zuteilung des ganzen Stiftsmeierhofes Halbstadt ist bisher unerledigt. Die Zuteilung desselben ohne Zuteilungs-verfahren ist bevorstehend.

b) Das Gesuch des Christofurates Halbstadt um Zuteilung von 1,5 Hektar Boden zu Schul- und Turnplätzen vom 17. Oktober 1921 wurde von der Distriktsstelle in Königgrätz mit Bescheid vom 3. Juli 1922, § 175/12—22 abgewiesen.

4. Jägerndorf.

a) Die Gemeinde war schon im Juni 1920 um Zuteilung von zahlreichen Grundstücken der beschlagnahmten gleichnamigen Herrschaft des Fürsten Liechtenstein zur Befriedigung der Bedürfnisse der städtischen Anstalten, zur Vergebung an Klein-pächter und Bekämpfung der Wohnungsnot eingeschritten. Vom Bodenamt unterm 23. November 1920, § 26970/V an die Bezirksverwaltungs-wegen freihändigen Ankaufes eventuell auf das spätere auszuführende Zuteilungsverfahren verwiesen, erlangte sie endlich im Jahre 1923 von dem genannten Fürsten die Einwilligung zum Ankauf des „Burgberghofes“ vorbehaltlich der Genehmigung des Bodenamtes. Diese wurde verweigert, und im Oktober 1924 das Zuteilungsverfahren über das Restgut „Burgberghof“ ausgeschrieben. Das ver-schäftsamtlich eingebrachte und mit den schon er-wähnten gemeinnützigen Zwecken begründete Gesuch der Gemeinde wurde nicht berücksichtigt, vielmehr das genannte Restgut schon am 22. Oktober 1924 einem gewissen Bolak verlichen, ohne daß die Gemeinde bisher von der Entscheidung des Bodenamtes verständigt wurde.

b) Im Mai 1925 hat die Gemeinde zwecks Er-werbung von Baugründen zur Bekämpfung der außerordentlichen Wohnungsnot im Ausmaß von 5,5 Hektar in der Obervorstadt Jägerndorf mit dem dortigen Hufeigentümer einen Kaufvertrag abgeschlossen, welcher von der Gutsherrnverwaltung dem Bodenamt zur Genehmigung vorgelegt wurde. Diese wurde nach mehrmaligen Bittverhandlungen mit Bescheid vom 25. September 1925, § 108.047/I—2, verweigert.

5. Krumau.

Ist u. a. eingeschritten:
a) Im Jahre 1924 beim Zuteilungskommissär des staatl. Bodenamtes in Budweis um Teile der Parz. 607/2 der beschlagnahmten Domäne Krumau in der Lat. Gemeinde Weichseln im Ausmaß von jirka 1 Hektar 58 Ar 54 Quadratmeter. Dieser Grund wurde zugeteilt dem „Stavebni družstvo rodných a uřednických domku v Krumlově“ und anderen privaten Bewerbern.

b) Am 11. September 1925 und auch schon früher beim Zuteilungskommissär des staatl. Boden-amtes in Budweis um Genehmigung des freihändigen Verkaufes mehrerer Parzellen im Ausmaß von 4 Hektar 85 Ar 84 Quadratmeter. Um dieses Grundstück bewirbt sich das im Punkt a) angeführte „Stavebni družstvo“. Die Entscheidung wurde von der Distriktsstelle des staatl. Bodenamtes in Budweis noch nicht getroffen.

6. Sternberg.

Die Gemeinde ist schon am 9. März 1920 um Zuteilung des im Stadgebiete liegenden Restes der dortigen Liechtenstein'schen Domäne beim Boden-amte eingeschritten, welches ihr unterm 2. Juli 1920 § 7482/V bebedeute, daß dieses Gesuch bis zur Durchführung des Zuteilungsverfahrens auf diesem Großgrundbesitz in Evidenz gehalten wird. Am 21. April 1925 hat die Gemeinde ihren Anspruch mittels der vorgeschriebenen Anmeldung im Zuteilungsverfahren wiederholt und mit dem Bedürfnis der Stadterweiterung und Herstellung des Bahn-gesellschaftsbaues industrieller Unternehmungen begründet, wurde aber mit Bescheid des Zuteilungs-kommissärs in Olmütz vom 28. Februar 1925, § 3381 verständig, daß sämtliche einheimischen Bodenbewerber ausgenommen das „Stavebni družstvo pro Cestě Sternberka“ abgewiesen wurden, welchem von der Gemeinde beanspruchte Grundpar-zellen Nr. 169/3 von rund 12 Hektar zugeteilt wurde.

7. Teplý-Schönan.

Die Stodigemeinde hat sich um Zuteilung nach-folgender Höfe beworben: Reuhof, Rodwally, Welboch, Malhostitz, Kradrob I, Kradrob II, Prostetitz. Diese Ansuchen bezw. Anmeldungen beim Boden-zuteilungskommissär in Raudnitz blieben sämtlich unberücksichtigt. Es haben erholten: Reuhof: Cenek Kollinstk, gewesener Oekonomiever-walter von auswärts; Rodwally: Adolf Kowomny, früherer herrschaftlicher Oekonomieverwalter des-selben Hofes; Kradrob: Zentrale der tschechischen Konsumvereine in Prag. Die Höfe Welboch, Malhostitz und Prostetitz sind der Herrschaft Clary-Al-ringen verblieben.

8. Winterberg.

a) Mit der Eingabe vom 30. Juni 1921 hat die Gemeinde Winterberg auf Grund der Bestimmung des Gesetzes vom 28. Mai 1919, § 318, § 1, beim Bezirksgerichte in Winterberg den Vorzugsan-spruch auf Baugrund bezüglich der Erweiterung meh-rerer Grundstücke vom Schwarzberg'schen Groß-grundbesitz Winterberg insbesondere bezüglich der Parzellen § 672/3, 673/1, 672/1, 673, 376, 677 (sogenannte Ziegel-Grundstücke), ferner die Parzelle § 701 und 717/2 (Kornhofstiege) angemeldet. Dessen ungeachtet hat das Bodenamt die Ziegel-grundstücke nun im Zuteilungsverfahren ohne Berücksichtigung der Gemeinde, zum Teile dem Apotheker Dr. Bohuslav Budinský, das Korn-hofstiege-Grundstück aber der „pošumavská jednota“ zugewiesen.

Samstag, den 28. März 1926

sozialdemokratischen Protestversammlungen

versammeln sich in allen deutschen Bezirksstädten der Republik die **deutschen Arbeiter** zu den

Gegen die arbeiterfeindliche Zoll- und Steuerpolitik.
Gegen nationalistische Gewalt.
Gegen Militarismus, für die Völkerverständigung.

Arbeiter und Arbeiterinnen!

Kommet in Massen zu diesen Versammlungen und gestaltet sie zu machtvollen Kundgebungen für Eure Forderungen.

Auf den ersten Blick ist auf Grund dieser Zeiten ersichtlich, daß das Bodenamt die Interessen der Gemeinden zugunsten der schädlicher privater Einzelbewerber u. Genossenschaften brüst zurückgesetzt hat.

Mit wirklicher Bodenreform hat die Arbeit des Bodenamtes nicht mehr das mindeste zu tun. Jeder Bodenreformer weiß, daß es zu den vornehmsten Pflichten jeder Gemeinde gehört, eine Bodenvorratswirtschaft zu betreiben, um den Bodenvucher einzudämmen, die Baukosten damit zu verringern und die bauliche Entwicklungsmöglichkeit zu sichern. Das Staatsbodenamt erschwert, ja vereitelt

diese gesunden Bestrebungen der Gemeinden geradezu systematisch. Tropallem sollten sich die deutschen Gemeinden nicht halten lassen, ihre Ansprüche auf beschlagnahmten Grund und Boden energisch geltend zu machen. Wenn sonst nichts erreicht wird, so doch wenigstens die Enttarnung eines ganz ungeheuerlichen Systems der Entrechtung der deutschen Gemeinden, die Beschaffung von Material zur Begründung unserer Forderung nach gründlichster Revision der vom übelsten chauvinistischen Geiste geleiteten verhängnisvollen Tätigkeit des Bodenamtes.

J. Sch.

gegen 400 Personen gefolgt, so daß der Saal im „Deutschen Haus“ voll besetzt war. Der Arbeiter-Gesangverein leitete die Feier durch den Vortrag eines gemischten Chores ein, worauf einige Arbeiterinnen Rezitationen zu Gehör brachten. Sodann hielt Genossin Paul aus Dux eine tiefen Eindruck hinterlassende Rede, in der sie die Bedeutung des Frauentages für den Fortschritt überhaupt würdigte. Reicher Beifall folgte den Ausführungen der Rednerin. Die sozialistischen Jugendlichen brachten anschließend einen sehr gut eingübten Sprechchor „Erlösung“ zum Vortrag, worauf mit dem Liede der Arbeit die Feier, die einen sehr schönen und erhebenden Verlauf genommen hatte, beendet wurde.

Bösselberg.

Das hiesige Bezirksfrauenkomitee hat wie im Vorjahre, so auch heuer im „Schwarzen Bären“ den Frauentag veranstaltet, welcher einen glänzenden Besuch aufzuweisen hatte, dies um so mehr, als viele Genossen und Genossinnen nicht nur aus der Stadt, sondern auch aus der Umgebung herbeigeeilt waren, um am Frauentage ihre Stimmen für die Gleichberechtigung der Frau und gegen die Willkür der Regierung und der Reaktion ertönen zu lassen. Genossin Anna Pech als Bezirksvorsitzende eröffnete in einer kurzen Ansprache und begrüßte alle, insbesondere die Genossin Edelmann aus Görlau als Vertreterin des Kreisaufwartungskomitees, worauf die kleine Turngenossin Anni Koppel in herziger Weise das Gedicht „Ihr Frauen heraus!“ zum Vortrage brachte. Auch dem Musik- und Gesangverein gebührt für das gute Gelingen der beste Dank. In vortrefflicher Weise sprach Genossin Edelmann über den Wert und Sinn des Frauentages und schloß ihre beifällig aufgenommene Rede mit der Hoffnung, daß in Zukunft auch hier die Frauen Schulter an Schulter mit dem Manne den Kampf für die wirtschaftlichen und sozialen Forderungen durchzuführen werden, bis der endgültige Sieg errungen sei. Mit dem Absingen des Liedes der Arbeit wurde der Frauentag nach dreistündiger Dauer geschlossen.

Petersdorf-Johannesthal.

Die Frauentagsversammlung erfreute sich einer regen Beteiligung. Es waren gegen 200 Personen anwesend. Genosse Brodtkorb begrüßte die Anwesenden, sein Bruder leitete durch einen ausgezeichneten Prolog die Tagung ein. Die anwesende Musikkapelle und der Petersdorfer Gesangverein trugen zum guten Gelingen des Frauentages ihr Bestes bei. Genosse Hübl erstattete das Referat, das reichlich, anhaltenden Beifall fand. Der Sängerkorps brachte noch einige sehr gut vorgetragene Lieder zu Gehör und Genosse Brodtkorb schloß mit einer markigen Ansprache die schön verlaufene Tagung.

Unser Frauentag.

Ueber die Veranstaltungen zum sozialdemokratischen Frauentag erhalten wir nach folgende Berichte:

Arnau.

Den Tag der Frau hatten die Genossen gleichzeitig mit einer Feier zu Ehren der Märtyrinnen und der Opfer vergangener revolutionärer Erhebungen verbunden. Die schlichte, ernste Feier, die sich in ihrem Programm aus guten Rezitationen, aus einem Sprechchor unserer Jugendorganisation und Männerchorliedern zusammensetzte, fand allgemeinen Anklang. Ueber die Bedeutung des Tages und der Veranstaltung sprach die aus Wien erschienene Genossin Swoboda. Die Rednerin, die gleich beim Betreten der Bühne lebhaft begrüßt wurde, fand schon bei den einleitenden Worten reges Verständnis und allgemeine Aufmerksamkeit. Ausgehend von den Forderungen, die heute die Frau und Mutter an den Staat und die menschliche Gesellschaft zu stellen hat, schilderte sie den Kampf, den gegenwärtig in allen Ländern die Genossinnen im Vereine mit der organisierten Arbeiterschaft zu führen hat und der auch sich in b.d.u.ende Erfolge gebracht hat. Genossin Swoboda streifte dann die Verhältnisse ihrer Heimat und zeigte den Teilnehmern ein Bild von der Größe und Arbeit der Wiener Genossen. Reicher Beifall lohnte ihre diesbezüglichen Darlegungen. Im ganzen und ganzen zeigte die Feier, das auch in Arnau die Bedeutung unserer Verwaltung immer mehr gewürdigt wird.

Bismarck.

Die Frauentagsversammlung fand hier im gutbesetzten kleinen Saale der Turnhalle statt. Die Vorsitzende Genossin Zimmer eröffnete, dann sang der gemischte Chor des Arbeitergesangvereins „Morgenrot“ und Genossin Werner brachte einige Rezitationen. Das Referat erstattete Abgeordnete Genossin Kirpal, deren Ausführungen wiederholt von lebhaftem Beifall unterbrochen wurden. Schließlich gab es noch einige musikalische Darbietungen. In einem Nebenraum befand sich zur gleichen Zeit eine Handarbeitsausstellung der Bismarck-Genossinnen, die bei den Besucherinnen lebhaftes Interesse weckte. Zu bemerken ist noch, daß dem Frauentage ein Gendarm in Zivil beiwohnte.

Görlau.

Der Frauentag war von über 200 Personen besucht und nahm einen in jeder Richtung voll und ganz befriedigenden Verlauf. Genossin Leiswald aus Weiskirch sprach über die Bedeutung des Frauentages und die Forderungen der Frauen und es bewies sowohl der reiche Beifall, wie auch die einstimmige Annahme der vorgelegten Resolution des Parteivorstandes die feste Entschlossenheit der Frauen, für ihre Forderungen einzutreten und Mitkämpferinnen für den Sozialismus zu sein. Reicher Beifall lohnte auch die Darbietungen unserer Jugendgenossen, welche den Frauentag durch das Kampflied „Brüder zur Sonne, zur Freiheit!“ eröffneten und demselben durch Vortrag einiger Musikstücke ein feiliches Gepräge verliehen. Die Gedichte der Jugendgenossinnen Ulrich-Seefeldt und Müller-Görlau, sowie ein Gedicht unserer alten Kämpferin Genossin Schröder, wirkten ergreifend und ernteten damit die Vortragenden reichen Beifall. Mit dem Liede der Arbeit wurde die schön verlaufene Kundgebung geschlossen.

Jägerndorf.

Im schön geschmückten Saale des Arbeiterheimes fand am Samstag die von der Frauenaktion eingeleitete Frauentag Versammlung statt, welche außer dem Referate der Genossin Marie Joll aus Troppau ein gut gewähltes, dem Ernst des Tages angepaßtes Programm aufzuweisen hatte. Musikstücke von großen Meistern der Tonkunst, ausgeführt von unserer vortrefflichen Arbeiterkapelle unter der Leitung des Genossen Lehrer Raab und Gesangsvorträge des Arbeiter-Gesangvereines Jägerndorf unter der Leitung ihres Dirigenten Genossen Sein, wurden der lauschenden Menge kunstvoll zu Gehör gebracht. Daneben wundervolle Rezitationen des Vortragmeisters Dir. Profsch und ein Gedicht „Schwester wach auf und träume nicht“, vorgelesen von der Jugendgenossin Emma Losert, reichten sich dem Programme würdig an. Bevor Genossin Joll ihr Referat erstattete, brachte Genosse Raab am Harmonium ein „Präludium“ zum Vortrage. Reicher Beifall war der Dank für ihre beherzigenden Worte und die vorgelegte Entschliefung fand einstimmige Annahme. Die prächtig verlaufene Kundgebung, die einen noch besseren Besuch von Frauen verdient hätte, wurde mit dem „Sozialistenmarsch“ vom Vereinsorchester und dem Arbeiter-Gesangverein geschlossen.

Marienbad.

In einer am Sonntag abends im Saale zur „Stadt Marienbad“ abgehaltenen großen Versammlung wurde der Frauentag gewürdigt. Hoch über 200 Personen, aus Großschichtsur und Aufschowitz mitgenommen, füllten den Saal und die Frauen überwiegen. Bezirksvertrauensmann Genosse Suttner konnte in der Begrüßung auch zur Freude der Versammlung die als Referentin erschienene Genossin Abg. Blatny begrüßen. Der Vortrag, den Genossin Blatny hielt, wurde von den Versammelten zum Herzen gehend, tief empfunden und löste zum Dank hierfür stürmischen Beifall aus. Genosse Stanek brachte in kurzem die Bedeutung des Frauentages würdigend, die Entschliefung zur Verlesung welcher unter großem Beifall zugestimmt wurde. Der übrige Teil des Abends galt der Märzfeier, welche in einer Gedankende und Rezitation des Genossen Dr. Stark, einem Prolog, gesprochen von der Jugendgenossin J.H. Gruppenbildern, vorgeführt von den Turnerinnen des Marienbader Arbeiter-Turnvereines, eben auch ihren würdevollen Rahmen fand. Der Vortragenden wurde reicher Beifall spendet. Diese Abhaltung des Frauentages hat nicht nur einen von sozialistischem Geiste erfüllten erhebenden Verlauf genommen, sie löste auch eine allgemeine Befriedigung bei den Teilnehmern aus.

Nieder-Langenu.

Anlässlich des Frauentages wurde auch in Nieder-Langenu bei Hohenebe eine Versammlung abgehalten, die einen sehr guten Besuch aufwies. Auch hier sprach Genossin Swoboda aus Wien und fand lebhaften Beifall. Unsere Parteiorganisation kann mit diesem ersten Versuch einen Erfolg buchen.

Oberleutensdorf.

Das Frauenbezirkskomitee Oberleutensdorf beging den Frauentag durch eine feierliche Veranstaltung im „Deutschen Haus“ in Oberleutensdorf. Dem Rufe des Frauenbezirkskomitees waren

Der Billigungsantrag angenommen.

Genosse Breitscheid begründet die Haltung der Sozialdemokratie.

Berlin, 23. März. (Eigenbericht.) In der heutigen Reichstagsitzung wurde der von den Kommunisten, Deutschnationalen und Völkischen eingebrachte Mißtrauensantrag mit 260 gegen 140 Stimmen abgelehnt; dagegen wurde ein Antrag der Regierungsparteien angenommen, der die Außenpolitik der Regierung und die Haltung der deutschen Delegation in Genf billigte.

Mit der Rede des Genossen Dr. Breitscheid, der die Stellung der sozialdemokratischen Fraktion zur Außenpolitik der Regierung darlegte, erreichte die Debatte über Genf ihren Höhepunkt. Reicherhaft verstand es Breitscheid auseinanderzusetzen, daß dem geschlagenen Deutschland heute keine andere Politik gestattet sei als die des Friedens und der Verständigung. Die Sozialdemokraten wissen genau, daß der Völkerbund noch keine ideale Einrichtung sei, denn er umfaßt noch nur die Vertreter kapitalistischer Staaten, er sei noch keine Gemeinschaft der Völker. Um den Völkerbund zu einer solchen zu machen, sei es notwendig, in den einzelnen Ländern die Voraussetzungen dafür zu schaffen und im Völkerbund selbst mitzuarbeiten.

Wir stehen, führte Breitscheid aus, zur gegenwärtigen Regierung in Opposition, wir bekämpfen sie in vielen Fragen der Innenpolitik, aber in der Außenpolitik findet sie unsere Unterstützung, weil sie die Linie weiter führt, die wir von jeher gefordert haben.

Nach der Rede Breitscheids meldete sich zu aller Erstaunen der frühere Großadmiral Tirpitz zum Worte, der der deutschnationalen Fraktion angehört, aber bisher im Reichstag noch nicht gesprochen hatte. Er meinte, es sei notwendig, daß man jetzt „aktive Politik“ treiben müsse, aber nicht auf dem bisherigen Wege, der nur zur Zerklüftung des inneren deutschen Lebens geführt habe.

Reichskanzler Luther erwiderte darauf, daß gerade die bisherige deutsche Außenpolitik den Weg gewiesen habe, den ganz Deutschland betreten müsse, wenn es wieder zur vollen Freiheit gelangen wolle.

Genosse Herrmann Müller erinnerte daran, daß es gerade Tirpitz gewesen ist, der während des Krieges durch die Begründung der anternationalistischen „baterländischen Partei“ zur politischen und militärischen Niederlage des deutschen Volkes am meisten von allen früheren politischen Führern Deutschlands beigetragen habe.

Die Abfindungsfrage.

Das Kompromiß der Regierungsparteien schlechter als die bisherigen Vergleiche.

Berlin, 23. März. (Eigenbericht.) In der heutigen Sitzung des Rechtsausschusses des Reichstages, der sich mit dem Kompromiß der Regierungsparteien über die Fürstenaufbündung befaßt, wies der preussische Finanzminister darauf hin, daß Preußen durch das Kompromiß noch schlechter abschneiden würde als bei der Ausführung des bisher abgeschlossenen Vergleiches.

Es wurde im Laufe der Debatte festgestellt, daß die Reichsregierung keinen besonderen Wert darauf legt, dem Kompromiß eine Gestalt zu geben, mit der die einzelnen Länder einverstanden wären. Von sozialdemokratischer Seite wurde darauf hingewiesen, daß die bürgerlichen Parteien ihr blaues Wunder erleben werden, wenn sie nicht bald eine geeignete Lösung der Frage finden werden. Schon das Volksbegehren habe über dreizehn Millionen Stimmen erbracht. Das Volksentscheid werde ohne Zweifel die verfassungsmäßige Mehrheit finden, die dann zur völligen entschädigungslosen Enteignung der Fürsten führen müßte.

Frankreichs Sanierung.

Berets Umsatsteuererhöhung.

Paris, 23. März. Die Finanzkommission der Kammer hat heute mit der Prüfung der neuen Finanzprojekte Raoul Berets begonnen. Vorkäufig wurden nur diejenigen Kapitel geprüft, von denen man annimmt, daß sie von der Finanzkommission angenommen werden. Die zwei hauptsächlichsten im Projekt Raoul Berets vorgesehenen Kapitel, nämlich eine einmalige Personalausgabe und die Erhöhung der Umsatzsteuer werden erst morgen zur Diskussion gelangen. Nach dem in der Kommission vorherrschenden Eindruck werden diese beiden Kapitel auf große Schwierigkeiten stoßen. Insbesondere die Erhöhung der Umsatzsteuer hat in der Finanzkommission erbitterte Gegner. Weder die Mitglieder der Rechten, noch die Sozialisten wollen von einer Erhöhung der Umsatzsteuer etwas wissen, doch dürfte die Kommission die beiden Kapitel nicht verworfen, um nicht von vornherein eine Kammerdebatte darüber unmöglich zu machen. Sicher ist, daß der Finanzminister mit der Erhöhung der Umsatzsteuer im Parlamente einen schweren Stand haben wird.

Ein medizinisches Experiment. Ein kräftiger junger Mann von 22 Jahren, der plötzlich von der Grippe und Schwindel befallen worden war, wurde von seinen Angehörigen auf die Tuberkulosestation in das Krankenhaus Verbanen in Berlin gebracht. Hier setzte zunächst ein harter Kräfteverfall ein; nach einigen Wochen erlitten die Angehörigen des Kranken jedoch ein fürstliches Wunder: der tuberkulöse, halbverfallene junge Mensch blühte plötzlich wieder auf und nahm innerhalb weniger Wochen nicht weniger als 60 Pfund an Körpergewicht zu. Was war geschehen? Man hatte ein neues Mittel, das in Lauenmarkt erfundene „Sano-chrysin“ bei ihm zur Anwendung gebracht, ein fürstlich erfundenes Goldpräparat, aus dem Patienten eingespritzt wurde. Das Fieber war allerdings noch nicht restlos verschwunden, so daß der Kranke zur Vervollständigung der Heilung nach der Lungenheilstätte Beelitz geschickt werden mußte. Hier ging anfangs alles sehr gut, aber eines Tages standen die Ärzte der Anstalt vor einem neuen Wunder: der Patient war mit einem Mal am ganzen Körper gelähmt. Er wurde schleunigst in die Charité abgehoben, wo er nach einigen Tagen verstarb. Der Fall hat den alten Streit, ob man mit Kranken medizinisch „experimentieren“ darf, wieder in den Vordergrund gerückt. Der junge S hat zwar seine Einwilligung zu dem Experiment erteilt; trotzdem ist es fraglich, ob dieser Grenzfall zwischen strafrechtlicher Verantwortlichkeit und medizinischer Forschung nicht doch noch die Gerichte beschäftigen wird.

Eine weibliche Diebstahlsbande ist der Londoner Polizei nach achtjährigen vergeblichen Bemühungen endlich ins Garn gegangen. Diese eigenartigen Vertreter der Weiblichkeit suchten vor allem die im Zentrum gelegenen großen Warenhäuser heim und haben im Laufe ihrer achtjährigen Tätigkeit mehr als 130 Millionen Pfund Sterling zusammengestohlen.

Eine Löwenjagd wird aus Lanou gemeldet, wo am Sonntag zwei aus dem Käfig einer Wandermenagerie ausgebrochene Löwen eine Panik unter der Bevölkerung herborriefen. Die ganze Gendarmerie des Ortes wurde aufgeboten. Nach einer wilden Jagd gelang es, den einen Löwen einzufangen, während der andere getötet werden mußte.

Einen großen Kinderlegen hat die letzte französische Volkszählung in Straßburg festgelegt. Trotzdem die Militärbesatzung sich seit 1921 um mehr als ein Drittel vermindert hat, ist die Zivilbevölkerung um 12.000 Seelen gewachsen.

Die Wilkens-Polarexpedition ist nach einer Meldung aus Alaska gescheitert. Die Expedition wurde von Anfang an von zahlreichen Unglücksfällen heimgeführt. Nun ist sie gänzlich ins Wasser gefallen, da auch der letzte der drei Joller-Eindecker bei einem Probeflug verunglückt ist.

Der amerikanische Milliardär Edward Scripps ist in der Montrobia-Bay an der Küste von Liberia gestorben. Vor wenigen Wochen ging durch die Presse der ganzen Welt eine Notiz von der Kreuzfahrt, die der reiche Sonderling angetreten hat, um dem Lärm der Welt zu entfliehen. Scripps hat sein Leben lang gearbeitet mit dem Ziel, die letzten Jahre seines Daseins fern von den Geräuschen der Welt verbringen zu können. Seine Yacht war auf völlige „Geräuschlosigkeit“ eingerichtet. Es war die wichtigste Aufgabe des Kapitäns und der Offiziere, darauf zu achten, daß keine Rolle quieschte und keine Plank knarrte. Die Kabine, in der Scripps sein Dasein verbrachte, war so schalllos abgedichtet, daß kein Geräusch vor irgend einem Teil des Schiffes bis zu dem Einsiedler dringen konnte. Geräuschlos, wie er abgefahren war, ist Scripps nunmehr in das ewige Schweigen eingegangen. Ein Schlaganfall machte dem Leben des Siebzighjährigen ein Ende. Für den Fall seines Todes hatte Scripps bestimmt, daß sein Leichnam verbrannt und seine Asche vom Bord seiner Yacht aus in die Wellen des Ozeans gestreut werde.

Wetterüberblick vom 23. März. Gestern nachmittag war es bereits in der ganzen Republik etwas wärmer als Sonntag, doch liegt die Temperatur noch unter dem Normalwert. Nur in der Südböhmischelei hielt das trübe Wetter bei leichten Schauern an. (Wasserwerk 1 Nm.) In den übrigen Staatsgebieten nahm die Bewölkung wie in Mähren, Schlesiens und Slowakei, schon vormittags, in Böhmen erst nachmittags ab, nachdem hier früh noch ein wenig Schnee gefallen war. In der Nacht auf Dienstag herrschte wieder durchwegs Frost. In den Fluhiederungen der Sudetenländer wurden minus 4 bis minus 7 verzeichnet; die Schneehöhe hatte minus 15 Grad Celsius. Das Wetter ist noch nicht beständig; in der Südböhmischelei fällt stichweise Schnee. — Wahrscheinliches Wetter von heute, den 24. März: Wechselnd bewölkt ohne erhebliche Niederschläge, etwas wärmer, Wind von Nordost; nach Nordwest drehend, im Gebirge zeitweise leichter Schneefall.

Das brennende Meer.

In den letzten Tagen hat sich in Livorno eine furchtbare Brandkatastrophe ereignet, über die jetzt folgende Einzelheiten bekannt sind: Gegen 12 Uhr erhob sich in der Hafengegend Martini eine Riesensäule dichten Rauches. Mit Blitzgeschwindigkeit verbreitete sich in der Stadt die Nachricht, daß ein Naphthadampfer mit seiner ganzen Ladung in Brand stehende. Die gesamte Bevölkerung des Viertels, das in der nächsten Nähe der bedrohten Zone liegt, ergriß die Flucht und suchte Rettung im Stadtmitteln. Hausenweise verließen Männer, Frauen und Kinder ihre Wohnungen, die Arbeiter die Geschäfte. In der wilden Flucht überfüllten sich mehrere Personen, Frauen fielen in Ohnmacht, Kinder riefen weinend nach ihren Eltern. Die Szenen der wilden Flucht wurden noch eindringlicher, da man dem Hafen Feuerweh, Sanitätswagen und Sanitätspersonal zuellen sah. Um

die von der Panik befallene Menge zu beruhigen, wurden sofort bewaffnete Abteilungen ausgeschickt.

Der Ort der Katastrophe hat einen furchtbaren Anblick.

Auf dem Wasserpiegel des Mardrachio erhoben sich hohe Feuerflammen, die einige kleinere Frachtendampfer umzingelten und bereits in Brand gesteckt hatten. Andere Dampfer konnten auf das hohe Meer hinausgeschleppt werden. Vier Stunden lang dauerte das Schauspiel des brennenden Meeres. Die Ursache des Brandes ist bereits festgestellt worden. Der Naphthadampfer „Spendor“, der eine Ladung von 2300 Tonnen Petroleum an Bord führte, begann gleich nach seiner Ankunft in Livorno mit den Reinigungsarbeiten. Dabei geschah es, daß sich im weiten Umkreis auf der Oberfläche des Meeres eine Petroleumschicht bildete. Eine Fischerboote, in der sich vier Fischer und ein Knabe befanden, fuhr durch diese äußerst feuergefährliche Zone.

Ein Fischer warf, nachdem er eine Zigarette angezündet hatte, das brennende Zündholz ins Meer.

Das Petroleum brannte sofort mit großen Flammen auf.

Der Naphthadampfer wurde gleich auf freie Meer hinausgeführt, und so konnte ein größeres Unglück verhütet werden. Die fünf Personen der Boote stürzten sich ins Wasser, um sich zu retten, aber sie wurden von den Flammen umschlungen und ertranken.

Auch der Dampfer „Bedesta“ geriet in Brand, weiter ein Segelboot und mehrere kleinere Dampfer. Die Feuerwehr versuchte mit allen Mitteln, die brennenden Dampfer zu löschen. Man befürchtete auch, daß der Naphthadampfer und die an der Küste gelegenen Petroleumdepots explodieren werden. Der angerichtete Schaden ist ungeheuer groß. Bisher konnte nur ein Leichnam geborgen werden.

Der Lohnabzug für die Personaleinkommensteuer.

Der neue Erlass. — Die Höhe des Lohnabzuges. — Kein Arbeiter ist gezwungen, einem Uebereinkommen beizutreten.

In der „Gewerkschaftlichen Rundschau“ wird der von uns bereits angekündigte Erlass des Finanzministeriums betreffend das Eintreiben der rückständigen Einkommensteuern bei Arbeitern ausführlich besprochen. Wir heben daraus das folgende hervor:

Gegen die Weisungen des Finanzministeriums vom 30. Dezember 1925 an die Steuerämter, durch besondere Abkommen die Arbeiter auf einen dreiprozentigen Lohnabzug

zur Deckung der rückständigen Personaleinkommensteuer zu verpflichten, ist überall Einspruch erhoben worden. An jenem Erlass des Finanzministeriums war vor allem auszuführen, daß er sich auf keine gesetzliche Bestimmung stützen

konnte. Auch in jenen Kreisen, die sich im Dezember von der Anschauung haben leiten lassen, daß die Annahme eines allgemeinen dreiprozentigen Lohnabzuges für die Personaleinkommensteuer besser sei als die früheren Erlässe, nach denen Steuernachlässe und Abschreibungen möglich waren, sah man bald ein, daß der durch den Erlass geschaffene Zustand nicht bestehen bleiben könne. Insbesondere aber wurde vom Deutschen Gewerkschaftsbund vom Anfang an gegen die von den Steuerämtern betriebenen Vereinbarungen über den Lohnabzug nach dem Dezember-Erlass des Finanzministeriums angefaßt. Nachdem sich die berechtigten Widerstände gegen die Durchführung des Dezember-Erlasses andauernd steigerten, mußte sich das Finanzministerium zu einer Ueberprüfung dieser Weisungen bequemen.

Das Ergebnis dieser Ueberprüfung ist ein neuer Erlass des Finanzministeriums, der seit dem 1. März 1926 in Gültigkeit ist. Auch dieser Erlass ist im Personaleinkommensteuergesetz nicht begründet. Dieses Gesetz sieht zwar vor, daß die Personaleinkommensteuer von Arbeitern durch den Lohnabzug heringebracht werden kann. Es heißt im § 237a:

„Die Dienstgeber sind verpflichtet, über Anforderung der Steueradministration die zur unmittelbaren Einzahlung vorgeschriebene Einkommensteuer von veränderlichen Dienstbezügen den Dienstnehmern bei der Auszahlung dieser Bezüge in dem von der Steueradministration unter einem mit Rücksicht auf das Maß ihrer Beschäftigung und ihres Verdienstes zu bestimmenden Raten und Terminen abzuführen und dem Steueramt abzuführen. In einem Jahre darf nicht mehr abgezogen werden, als die Vorschrift für ein einjähriges Steuerjahr beträgt. Der Abzug ist nicht zulässig, wenn das Einkommen der Dienstnehmer das unpfändbare Existenzminimum nicht übersteigt.“

Daraus geht klar hervor, daß die Steuerbehörden nur dann berechtigt sind, Lohnabzüge zur Deckung der Personaleinkommensteuer zu verlangen, wenn diese Steuerordnungen gemäß durch Zahlungsauftrag bereits vorgeschrieben wurde. Außerdem muß der Unternehmer von der Steueradministration den amtlichen Auftrag erhalten. Dabei hat die Steueradministration die Namen der steuerpflichtigen Arbeiter des Dienstgebers mitzuteilen und die Höhe der Raten und die Zahlungsstermine bekanntzugeben. Dann muß der Arbeiter verständigt werden, daß der Unternehmer amtlich beauftragt wurde, die Steuerabzüge vom Lohne durchzuführen. Somit handelt es sich auch bei dem neuen Erlass des Finanzministeriums nicht um eine Mahnmaße, die von den Arbeitern als zwingendes Recht anerkannt werden muß.

Worin unterscheiden sich nun die neuen Weisungen der obersten Finanzbehörden gegenüber jenen vom Dezember? Der neue Erlass sieht zum Unterschied von früher vor, daß auch vom Musterprotokoll über die Regelung der Steuerabzüge unter Zustimmung der Parteien Abweichungen gegen vorgekommen werden können, die aber nicht die allgemeine Höhe der Abzüge betreffen dürfen. Die Begünstigungen in der Höhe der Abzüge zur Deckung der rückständigen Personaleinkommensteuer für die vergangenen Jahre und für das laufende Jahr können auch den Arbeitern kleinerer Betriebe und Einzelarbeitern bewilligt werden. Ausgenommen von jedem Steuerabzug sind nach den Bestimmungen des Musterprotokolls der Vereinbarung über die Steuerabzüge durchgehend jene Arbeiter, deren

Bruttoverdienst in keinem der in Betracht kommenden Jahre 7300 K erreicht. Vorgelesen ist in dem Erlass weiter, daß die Abzüge um eine oder mehrere Stufen, je nach dem Umfang der Verringerung der Wochenverdienste, herabgesetzt werden können. Auch kann die völlige Befreiung des Arbeiters von den Abzügen auf eine bestimmte Zahl ununterbrochen hintereinander laufender Wochen erfolgen, wenn der betreffende Arbeiter begründeten Anspruch auf Befreiung von den Abzügen erheben kann und darum schriftlich ansucht. Der Umstand, daß Arbeiter, die dem neuen Abkommen beitreten, schon zwei oder drei Jahre Steuer bezahlt haben, findet an sich keine Berücksichtigung, welche Bestimmung besonders ungerecht ist. Solche Arbeiter können nur bei Ansuchen um Befreiung von den Abzügen mit Rücksicht auf zahlreiche Familie, Krankheit in der Familie und bei großem Aufwand für die Erziehung der Kinder, dann bei Verschuldung und sonstigen gewichtigen Umständen darauf Bezug nehmen. Es heißt in dem Erlass, daß bei Beurteilung von Gesuchen um Befreiung oder Herabsetzung der Abzüge auf die bisher geleisteten Zahlungen Rücksicht genommen wird. Die im letzten Erlass vom Finanzministerium betriebene Form der Steuerabzüge für die Personaleinkommensteuer bezieht sich ausschließlich auf Arbeitnehmer mit veränderlichen Dienstbezügen, nicht auf Angestellte mit festem Gehalt und auch nicht auf Eisenbahner.

Dem Erlass des Finanzministeriums ist ein Musterprotokoll über die Vereinbarung der Steuerabzüge angehängt. Darin heißt es, daß zum Zwecke des Ausgleiches der Steuerrückstände von der Einkommensteuer für die Jahre 1919 bis 1925 sowie zur Deckung der Einkommensteuer für das laufende Jahr 1926 vom Bruttoverdienst durch das Verfahren nach § 237a des Gesetzes über die Personaleinkommensteuer Lohnabzüge durchgeführt werden, insofern der Bruttoverdienst eines Arbeiters wöchentlich 140.01 K beträgt. Wird der Lohn vierteljährig ausbezahlt, so beginnt der Lohnabzug für die Personaleinkommensteuer bei einer Auszahlung von 280.01 K, bei vierwöchentlicher Lohnauszahlung mit dem Betrage von 560.01 K. Die Abzüge sollen nach folgender Tabelle erfolgen:

Wochen Bruttoverdienst von	bis	Abzug in Ks
140,01	160,—	4,—
160,01	190,—	5,—
190,01	230,—	6,—
230,01	260,—	7,—
260,01	300,—	8,—
300,01	380,—	9,—
380,01	400,—	10,—
400,01	400,—	11,—
400,01	440,—	12,—

Für jede weiteren 40 Kronen erhöht sich der Abzug um 1 Krone.

Eine exekutive Eintreibung rückständiger Steuern unterbleibt, sobald das neue Uebereinkommen durchgeführt wird. Kein Arbeiter ist gezwungen, einem solchen Uebereinkommen beizutreten, auch wenn es für einen Betrieb durch Zustimmung des Betriebsausschusses zustande kommt. Alle Arbeiter, die weniger als 7300 Kronen jährliches Lohnverdienst haben, werden von dem neuen Erlass betreffend Durchführung von Lohnabzügen zur Zahlung der Einkommensteuer nicht betroffen.

Wir haben und auf Grund früherer Weisungen des Finanzministeriums immer dafür eingekämpft und bemüht, den Nachlaß der rückständigen Personaleinkommensteuer für die Arbeiter zu erwirken unter Hinweis darauf, daß man

unmöglich von den Arbeitern in der Zeit herabgeminderten Lohnes und gesteigerter Lebensmittelpreise Steuerrückstände nach einem unmöglichen Existenzminimum ein-

treibe. Während die tschechoslowakische Staatsverwaltung einzelnen Kapitalistengruppen durch beträchtliche Steuernachlässe entgegengekommen ist, Hunderte von Millionen aufgeben hat, um Bankunternehmungen vor dem Zusammenbruch zu schützen und wieder aufzurichten, geht sie darauf aus, von den Armen des Staates zu einer Zeit, in der diese von einer neuen Wirtschaftskrise heimgeführt werden, Millionen auf Millionen herauszuholen.

Volkswirtschaft.

Zuckerpreis, Rübenpreis und Akkordlöhne.

Wie bekannt, plant die Regierung eine neuerliche Verteuerung des Zuckers herbeizuführen. Die Regierung benötigt Geld, um ihre Ausgaben zu decken, und da man hierzulande nicht bei jenen Posten spart, wo ohne weiteres die Möglichkeit dazu bestünde, so kommt es, daß die Bedarfsartikel immer von neuem verteuert werden. Und niemand findet sich unter den herrschenden Parteien, der diesem Verlangen des Bürgerturns Einhalt anbieten würde. Was man so Widerstand nennen könnte, ist nur ein taktischer Zug, der im entscheidenden Moment in der obersten Norm aufgegeben wird. Wir werden aller Voraussicht nach in den nächsten Wochen praktischen Anschauungsunterricht in dieser Hinsicht bekommen. Der neue Vizepräsident ist schon aufmontiert, der die Fut der Erregung einleitet, sonst fehlentzener Koalitionsparteien aufzulegen und abzuleiten haben wird. Aus Prestigegründen muß nun Komödie gespielt werden. Ob es noch so nahe heute gibt, die solche als ernste Sache betrachten, ist kaum anzunehmen. In aller Seelenruhe verlongt der Finanzminister einfach allerlei Erhöhungen von Akkorden, die besonders den Massenkonsum treffen würden. Den Arbeitern, die ohnedies schon elend genug leben, soll dieses Leben noch verteuert werden. Die tatsächliche Verwirklichung dieser lauberen Pläne ist nicht tragbar. Auf der einen Seite Verteuerung, auf der anderen ein miserabler Lohn, ist ein zu großer Widerspruch. Die Unternehmer wollen nicht einen Heller mehr Lohn zahlen, aber für die Verteuerung der Bedarfsartikel sind sie. Ja, so schaut bei uns der Kampf gegen die Verteuerung aus. Die Regierung selber treibt die Preise in die Höhe. Das Schicksal der minderbemittelten Bevölkerung ist ihr egal.

Ein typisches Beispiel dafür, wie die Preispolitik der Regierung beschaffen ist, ist die Festsetzung der Zuckerpreise. Der Zucker ist heute schon so teuer, daß er zu einem Luxusartikel für viele geworden ist. So manche Familie mußte den Zuckerbedarf aufs äußerste einschränken und wird bald ganz darauf verzichten müssen. Der Zuckerpreis hat all die Jahre daher einer Höhe erreicht, die schon ans phantastische grenzte. Den Ruben von diesem übermäßigen Preis hatten die Zuckerindustriellen und die Regierung. Wie nun als so ziemlich feststehend bereits anzunehmen ist, wird eine neuerliche Verteuerung des Zuckers eintreten. Die Zuckersteuer soll um 60 Kronen erhöht werden. Diese würde dann 184 Kronen betragen, wo u noch die Umsatzsteuer hinzukommt. Im Zusammenhange mit der Steuererhöhung soll der Raffinadepreis von 440 Kronen auf 460 Kronen erhöht werden. Diese Steuererhöhung soll dem Staat zirka 200 Millionen Kronen einbringen. Es ist ganz klar, daß sich die Konsumenten gegen diese Absichten der hohen Regierung zur Wehr setzen.

Wenn man nun die Rübenpreise die ganzen Jahre daher betrachtet, so sieht man, daß der Zucker schon hätte billiger sein können. Für die Rübe ist in den letzten Jahren immer weniger bezahlt worden. Steuer werden wir trotz niedrigerer Rübenpreise mehr für den Zucker zu bezahlen haben. Schauen wir uns einmal an, wie sich in den letzten acht Jahren der Rübenpreis gehalten: Die Preise verhalten sich immer für einen Zentner. Der Preis betrug im Jahre: 1919 — 15 Kronen, 1920 — 30 Kronen, 1921 26 Kronen, 1922 17 Kronen, 1923 — 18 Kronen, 1924 — 23 Kronen, 1925 — 20 Kronen und 1926 — 15 Kronen. Fragt man sich nun, wo die Zuckerpreisverbilligung ist, so muß man sagen, nirgends. Die Zuckerindustriellen verstehen es ausgezeichnet, im Einvernehmen mit der Regierung den Gewinn zu sichern. Wäre es da nicht Aufgabe des Ernährungsministeriums, sich für die Verbilligung des Zuckers einzusetzen, anstatt mit an den Verhandlungen über die Erhöhung des Zuckerpreises teilzunehmen? Von der Herabsetzung des Rübenpreises haben lediglich die Zuckerfabrikanten und der Staat den Nutzen.

Der niedrigere Rübenpreis ist für die Agrarier ein Anlaß, eine Ermäßigung der Akkordlöhne für die Frühjahrsrübenarbeit zu fordern. Dabei ist es so, daß der Landarbeiter schon fast nichts mehr nachlassen kann, da sein Verdienst unter aller Kritik ist. Von Seiten der Landwirtschaft wird die Not, unter der sie angeht, leidet, in die Welt poant. Wenn von einer tatsächlichen Not in landwirtschaftlichen Kreisen die Rede ist, so herrscht diese Not in erster Linie in der Landwirtschaft. Ihr zu helfen ist dringender als alles andere. Aber um diese Not scheren sich weder die Agrarier noch die Regierung.

Die agrarische Not will die Regierung durch Zölle beistigen, für die wirkliche Notlage der Landarbeiter hat die Regierung kein Verständnis und auch nicht den Willen, ihr zu steuern. Von den Opfern, die die Landarbeiterschaft unter dem Zwang der Verhältnisse bringen mußte, hat weder sie noch die Masse der Verbraucher einen Nutzen gehabt. Es ist nicht billiger, im Gegenteil, alles teurer geworden. Noch weitere große Opfer zu bringen, ist die Landarbeiterschaft nicht in der Lage. Sie hat schon bei den bisherigen Akkordlöhnen für die Rübenarbeiten nicht allzu viel verdient, und würde bei einer weiteren empfindlichen Herabsetzung der Akkordlöhne, bei schwächerer Arbeit, vielleicht kaum den Tagelohn verdienen. Die Vessentlichkeit ersieht daraus, daß die Arbeiter doppelt geschädigt sind. Einmal dadurch, daß sie weniger verdienen, und zum zweitenmal sollen sie die Bedarfsartikel, die sie benötigen, teurer bezahlen. Die Abgabepolitik des Finanzministers trägt zur Verteuerung bei. Die Zuckerindustriellen aber sind die Gewinner.

Frauentags-Versammlung

Heute um 8 Uhr abends im blauen Saal des „Goldenen Kreuzes“, Refazanta 7.

Programm:

1. Freiheitsschor (gesungen vom Buchdrucker-Gesangverein).
2. Prolog (Gen. Dr. Franzel).
3. „Die Forderungen der Frauen.“ (Referentin Genossin Julie Hadenberg).
4. Soziale Balladen (Herr Friedl Strati).
5. Freiheitsgedichte (Dr. Armin Klein).
6. Lieder (Herr Friedl Strati).

Genossinnen, werbet für den Besuch dieser Veranstaltung, die allgemein zugänglich ist.

Prager Produktendörse vom 23. März. (Pragradio.) Das Geschäft an der Produktendörse stagniert weiter. Durch einen neuen Preisrückgang in Amerika wird allgemeine Zurückhaltung nur unterbrochen. Am Getreidemarkt werden bloß prima Weizenarten gesucht, während der übrige Markt ziemlich vernachlässigt wird. Das Mehlgeschäft in Roggen befestigte etwas die Preise auf diesem Gebiete. Weizenmehl verzeichnet eine befestigte Tendenz. In Futtermitteln behauptete sich Mais und auch Stroh und Heu verzeichnen keine Preisänderungen. Am Samenmarkt wird bei steigenden Preisen Roggen nachgefragt, während die Preise am übrigen Markt unverändert bleiben. Getreide allgemein nach. Auf den anderen Gebieten wurde hauptsächlich bei besseren Preisen Reis getätigt und eine stärkere Nachfrage herrschte auch auf dem Kaffeemarkt, nachdem eine Zollserhöhung in nächster Zeit erwartet wird. Die Börse war stark besucht, aber das Geschäft gestaltete sich verhältnismäßig sehr gering.

Kunst und Wissen.

Verhüllene Bilder von Rubens und Rembrandt. Im Klublokal der Kommunistischen Partei in Tschadowo im Gouvernament Kowgorod ist ein Bild, das vermutlich nach der russischen Revolution einem Gursabesiger „entzogen“ wurde, von Sachverständigen als ein Werk von Rubens erkannt worden. Es gehört zu den Porträts römischer Imperatoren, die Rubens in den Jahren 1614 bis 1619 gemalt hat, und wurde vorläufig im Gouvernementsmuseum von Kowgorod untergebracht. — Im Museum der Stadt Aix in der Provence ist eine Landschaft, die bisher einem Künstler namens Decker zugeschrieben wurde, von dem holländischen Kunsthistoriker Dr. Verbeke als ein Werk von Rembrandt identifiziert worden, das aus den Jahren 1655 bis 1658 stammen dürfte. Das Bild hat in der Beleuchtung viel Ähnlichkeit mit einer kleinen Landschaft von Rembrandt, die kürzlich aus der Oldenburger Galerie in den Besitz des Berliner Museums übergegangen ist.

Spielplan des Neuen deutschen Theaters. Heute Mittwoch Gastspiel Leslaw Schwarz „Laska“, Donnerstag 7 Uhr „Der fröhliche Weinberg“, Freitag 8 Uhr „Das Wohl der Später“, Samstag halb 8 Uhr „Die heimliche Brautfahrt“, Sonntag halb 8 Uhr nachm. „Der Celow“, halb 8 Uhr „Der fröhliche Weinberg“, Montag 7 Uhr „Die Hofe von Stambul“.

Spielplan der Kleinen Bühne. Heute Mittwoch abends Bankbeamtenvorstellung „Nady“.

Frund und die Diensthofenfrage. Samstag halb 8 Uhr abends Ensemblegastspiel des Kuffiger Stadttheaters mit Hermann Feiner. Premiere: „Die Frau ohne Ruh“. Sonntag nachmittags 3 Uhr „Der wahre Jakob“, abends halb 8 Uhr Ensemblegastspiel des Kuffiger Stadttheaters „Die Frau ohne Ruh“, Montag Gastspiel Oswald Kromer: Bankbeamtenvorstellung: „Papa“.

Literatur.

Slawisches. Die Verlagsbuchhandlung Priebe & Co. in Breslau (Ring 58) gibt unter der Redaktion des Privatdozenten Erdmann Hanisch „Jahrbücher für Kultur und Geschichte der Slaven“ heraus, von denen bisher zwei Hefen vorliegen. Jedes Heft enthält eine Reihe wissenschaftlicher Abhandlungen sowie Bücheranzeigen, die das Gebiet slawischer Literatur und Geschichte betreffen. In demselben Verlag sind die „Volkssagen und Märchen aus Böhmen“ erschienen, ein Buchlein, das für Erwachsene und Kinder in gleicher Weise unterhaltend ist. (E. S.)

Gegenwartsaufgaben deutscher Wirtschaftspolitik. (Berlin 1926, Verlagsgesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, G. m. b. H., Berlin S. 14.) Das vorliegende Heftchen enthält das Programm der deutschen Gewerkschaften, in dem die Vorschläge zur Linderung der deutschen Wirtschaftskrise machen. Wir haben dieses Programm im Auszuge bereits gebracht. (E. S.)

Der Film.

Der lustigste Mann von Wien (Und er lacht und lacht...). Die Titel sind zwar nicht gerade passend, dafür ist aber das Stück gut. Es enthält das Schicksal eines lebenden Vaters (Ruggero Ruggeri), dessen in strenger Abgeschlossenheit erogene Tochter (Maria Corda) den Lehungen einer Dirne (Gloria Swanson), den Vater verläßt und bei der neuen „Freundin“ wohnt, ohne eine Ahnung zu haben, daß das Weib ihre Mutter ist. Die übliche Lösung ist unaufbringlich, wie überhaupt der ganze sehenswerte Film. Maria Cordas Gegenpieler ist Michael Lomon, und beide Künstler spielen in der gewohnten pädagogischen Weise. Der Film wirkt hart und unbarmherzig ein scharfes Licht auf die innerlich hollische und verfaulende Geistesverfassung gewisser Kreise und entrollt in schöner Aufmachung ein farbenhaftes Bild des großstädtischen Nachtlebens. Seine starken Wirkungen erzielt das Stück durch die warme Menschlichkeit, die in der Handlung lebt. (E. S.)

Die einzige Rettung (Der Mann, der sich verkaufte — nach dem Roman von Zacharias Wastel). Ein guter Nordist-Film, der natürliche Menschen auf die Leinwand bringt. Im Mittelpunkt der spannenden Handlung steht ein junger Polizeibeamter, dessen leichtsinniger Vater Geld veruntreut um seinen Vater vor dem Gefängnis zu retten, entschließt er sich trotz seiner Liebe zu einem anderen Mädchen zu seiner reiche Waise zu heiraten, mit deren Mitgift er die Schulden des Vaters deckt. Seine Frau, eine kindische, verwöhnte Person, erfährt zufällig die Wahrheit, doch ihre Zuneigung ist stärker als alle anderen Überlegungen und sie gewinnt schließlich mit ihrer Ausdauer die Liebe ihres Gatten. Die Geschichte ist sehr nett und filmwirksam gedreht, und auch die schauspielerischen Leistungen sind anerkennenswert. (E. S.)

Kunst und Geschäft. Gloria Swanson ist ein gleichberechtigtes Mitglied der United Artists geworden (neben Douglas Fairbanks, Mary Pickford).

Herausgeber Dr. Ludwig Uetz
Verantwortlicher Redakteur Wilhelm Kiehnec
Druck: Deutsche Zeitungs- & G. Prag
Für den Druck verantwortlich: O. Holl.

ford, Charlie Chaplin und Josef Schenk) die vier Teilhaber haben ihr fünf Prozent ihrer Aktien abgetreten, so daß sie jetzt ein Fünftel aller Aktien besitzt. Sie erhält wöchentlich 20.000 Dollar und außerdem noch Lantienmen.

Ein tschechischer Film in Deutschland. „Die Mutter Krademera“ (In den Herrschaftsstand) ist nach Deutschland und Amerika verkauft worden.

Das Mädchen aus der Renge. Schade, daß die Fabel des Filmes zu amerikanisch, das heißt zu schwach ist; ansonsten wäre das Stück ganz ausgezeichnet, wie es ja in den schauspielerischen und technischen Leistungen tatsächlich ist. Gloria Swanson spielt eine junge Verkäuferin, die mit einem vermögenslosen Schlosser verlobt ist. Sie lehnt sich nach dem berauschenden Leben der Reichen und kommt zufällig wirklich in den Trubel hinein. Aber als die Männer zu arg ihrer Schönheit nachstellen, kehrt sie neuwillig zu ihrem Verlobten zurück, der indessen durch den Verkauf einer Erfindung Millionär geworden ist. Diese schwache Vorlage ist aber sehr nett verfilmt und Gloria Swanson allein ist schon lebenswert. Sie entfaltet den ganzen Reichtum ihrer ungezwungenen Ausdrucksfähigkeiten, um dem Zuschauer verlockend über die Schwächen des Filmes hinwegzuführen. (E. S.)

Turnen und Sport.

Aus dem Arbeiter-Turn- und Sportverband.

An alle Bundesvereine!

Wir erziehen jene Vereine, welche den Fragebogen für die Wintersport noch nicht eingeleitet haben, diesen sofort einzusenden. Jene Vereine, welche keine Teilnehmer haben, sollen den Fragebogen leer als Drucksache zurücksenden.

Die Vorverhandlungen mit der Bahn, den Poststellen und dem Wiener Hauptauskunftsbüro können nur auf Grund einer annähernden Uebersicht der Teilnehmerzahl vor sich gehen.

Deshalb nochmals: sofortige Einsendung der Fragebogen!

Der Bundesvorstand.

Das erste Naturfreunde-Haus im Harz wird am ersten Pfingstfeiertag feierlich eingeweiht werden. Im Jahre 1923, zur Zeit der schlimmsten Inflation, von der Ortsgruppe Braunschweig der Naturfreunde begonnen, geht dieses Ferien- und Wanderheim nach Ueberwindung großer Schwierigkeiten jetzt

Dev'enturie.

Prager Kurse am 23. März.

	Preis	Wert
100 holländische Gulden	1855.50	1861.50
100 Reichsmark	804	808
100 belgische Francs	187.4250	188.8250
100 Schweizer Francs	650	653
1 Pfund Sterling	163.95	165.15
100 Lire	136.10	137.50
1 Dollar	83.70	84
100 französische Francs	119.4250	120.8250
100 Dinar	59.65	60.10
10,000 magarische Kronen	4.72	4.82
100 polnische Zloty	417	423
100 Schilling	477.50	480.50

seiner Vollendung entgegen. Das „Braunschweiger Haus“ liegt an einer der schönsten Stellen des Harzwandergebietes, am Fuße des Breitenberges bei Bündheim-Bad Harzburg. Es enthält im Erdgeschoß Küche, Vorratsräume und drei Keller, darüber einen großen Tagesraum, ein Bibliothekszimmer und zwei Räume für den Hauswart, im ersten Stock einen Schlafsaal für Männer mit 30 Betten und einen für Frauen mit 16 Betten, sowie zwei Waschküche und Ankleideräume, im Dachgeschoß drei Schlafräume mit zusammen 30 Betten. Auf den Bodenzimmern stehen noch 30 Matratzenlager zur Verfügung. Sämtliche Zimmer sind heizbar, haben elektrisches Licht und Wasserleitung. Auch eine Dunkelkammer ist vorhanden.

Rademacher-Rogdeburg gewann am Samstag in Detroit ein 100 Yards-Brustschwimmen in 1:08, 8 gegen den besten Brustschwimmer des Staates Michigan, Fröhlich-Rogdeburg unterlag dagegen im Rückenschwimmen wiederum gegen Lauffer-Einmann, der 100 Yards in 1:04, 8 zurücklegte.

Bad Bohdanec

heilt Rheumatismus, Gicht, Ischias und Frauenleiden. — Berühmte Moorbäder. — Radioaktive Quelle. — Tausende Dankschreiben. — Modernst eingerichtet. — Riesiger Park und Wälder. — Allen Bevölkerungsschichten zugänglich.

SAISON-BEGINN AB 3. MAL. Prospekte gratis.



Laden Sie Ihren Akkumulator zu Hause mit dem PHILIP'S GLEICHRICHTER

Kleine Chronik.

Militarismus und Alkoholiismus.

Von J. Reismann.

Ich war gestern im Prager Stadtpark zufälligerweise Zeuge eines interessanten Gesprächs. Ich hörte zwei Bürger über das Unglück in der Tischlergasse sprechen, doch drehte sich die Unterhaltung nicht so sehr um das Entsetzliche der Katastrophe wie um den „realen“ Teil der ganzen Geschichte, nämlich um die „Entschädigung“, die den Eltern der getöteten Soldaten zugesprochen werden soll.

1. Bürger: „Haben Sie gehört, die Eltern sollen jeder 30.000 K bekommen, sagte der Stibitzky.“

2. Bürger: „Was Ihnen nicht einfällt! 30.000 Kronen! — 50.000 K sollen sie bekommen!“

1. Bürger: „Ich möchte doch gerne wissen, warum und wofür man ihnen das Geld gibt. In Oesterreich hätten sie nichts bekommen. Dienst ist Dienst und Militär ist Militär.“

2. Bürger: „Na, ja! Das ist schon einmal so in der Republik! Und wer weiß, was die beiden Burken angeht, haben, vielleicht waren sie betrunken, vielleicht haben sie geraucht und eine Zigarette auf das Ekstrakt geworfen! Nichts macht' ich ihnen geben!“

Ich hatte genug gehört. Ich schritt weiter, um nicht noch mehr von den edlen Gedanken dieser beiden braven Staatsbürger zu erfahren, die den unglücklichen Eltern, die zehn, zwölf Jahre nach dem furchterlichsten aller Kriege, mitten im Frieden, in einer Straße der Hauptstadt durch krepierende Handgranaten ihre Kinder auf so gräßliche Weise verlor, zu einer Zeit, da alle Zeitungen von Friedensmanifesten und Völkerverbündnissen berichten, noch den armseligen, so geradezu verlegenden Trost einer Geldspende neben, weil sie, die Völkerverfeindeten, die wahrscheinlich noch niemals eine Granate aus der Ferne zerplagen gesehen haben, den

„Lob fürs Vaterland“ inmitten einer Prager Straße im Jahre 1926 als eine selbstverständliche Pflichterfüllung auffassen.

Über eine Bemerkung machte mich nachdenklich: „Bleibet! woren sie betrunken.“ Und wie mit einem Schlage lag das ganze traurige Kapitel des Zufalls beim Militär in meiner Erinnerung auf dem Kopf. In der Tischlergasse mit dem Alkohol oder einer brennenden Zigarette in irgend welchem Zusammenhang stünde, was durchaus nicht angenommen werden kann, vielleicht waren beide Soldaten sogar, von denen der eine, Drubny, nach dem in hiesigen Blättern veröffentlichten Bilde ganz besonders den Eindruck eines zarten, weichen Gemütsmenschen macht, Abstinenter oder Nichtraucher, aber ein anderes trauriges Kapitel fiel mir ein: Der Krieg und der Saff, das Militär und der Saff! Und dies ist eine Sache, die wert ist, daß sich die Öffentlichkeit dafür interessiert.

Was im Kriege an Alkohol konsumiert wurde, das weiß jeder, der „draußen“ war. Und er braucht nicht einmal „draußen“ gewesen zu sein, die „Etappe“ übertraf im Saufen bei weitem die Front! Offiziere und Mannschaften aller kriegsführenden Staaten konsumierten ganze Schöpfe voll Wein und Schnaps. Es ist doch ein Interesse aller kriegsführenden Mächte, die Soldaten so viel als möglich zu betäuben, nicht zum Denken kommen zu lassen! Was für Organe hat der Alkohol im Felde gefeiert! Ich bin überzeugt, daß jeder, der im Kriege war, darüber mehr als ein Heuileton schreiben könnte, ich halte es geradezu für eine Pflicht, daß jeder, der so eine Erinnerung an den Krieg hat, an eine wüste Sauffest in den Offiziersmessagen, unter der Mannschaft, dies der Öffentlichkeit erzählt, um eine künftige Generation darüber aufzuklären, in welcher Weise „Selbsttaten“ an der Front vollbracht, wie „Tapferkeitsmedaillen“ im Kriege erworben wurden. Erst machte man die Soldaten vor einer Sturmtrouille oder einem Angriff mit Rum als „Zubehör“ trunken, und dann trieb man sie, die eigenen

Kanonen im Rücken, gegen die feindlichen Drahtverhau. Und immer war es so gewesen! Schreibt doch schon Johann Gottfried Herder vor 150 Jahren in seinem Gedichte gegen den Krieg „Der Tapfere“: „Von Wein und Branntwein glühend, schießt er, sticht er, haut und mordet!“ So wars vor 150 Jahren, genau so wars im Weltkrieg! Wahrlich, die ganzen wüsten Trinkszenen an und hinter der Front, die ich im Kriege anah und teilweise mitmachen mußte, hoch oben auf den Gletschern, 3000 Meter und mehr über dem Meerespiegel, wo wir nichts hatten als Schnaps und Räte und die Ungewißheit unseres Schicksales und — den Alkohol, in den Unterständen und Kavernen, in die uns der Regen herintropfte, das Ungeziefer zertraf und wo wir wiederum „nichts“ hatten als uniere mit Branntwein gefüllten Feldflaschen und Menageflaschen, die Etappe mit ihren reichbeladenen Offiziersmessagen und ihren mit Wein und Likören gefüllten Proviantmagazinen, das trat gestern wieder vor meine Erinnerung! Eine Szene mit Alkohol bleibt mir unergänglich: Soldaten hatten beim Vormarsche gegen Italien einen Weinfelder gefunden. Sie, die schon vorher tunken waren, waren zu bequem, die Spunde aus den Fässern herauszuschlagen, sie schossen mit Revolvern in die Fässer, der Wein floß auf den Boden und sie wateten bis zu den Knien, buchstäblich bis zu den Knien, im Weine und saßen —

Was sich die Offiziere damals leisteten, wie sie der Mannschaft „mit gutem tapferen Beispiel“ vorangingen, das weiß jeder Frontteilnehmer. Die „Menagemesser“ der Offiziersmessagen nahmen die ganze Feldzulage der Offiziere für Liköre ein, und wer sich etwas ersparte, der verlor es während des Ueclaus in den Etappen. Die Bewohner von Bergen und Innsbruck werden würdige Abhandlungen darüber schreiben können. In diesen beiden Städten gab Feldbrotbelle, die Offiziere standen von 9 Uhr früh — wie im Hinterlande die Hungernden um Brot und Kohle — vor diesen beiden Feldbrotbellen in der Reihe „angestellt“! Bis in die tiefe

Nacht! Und der Alkoholkonsum dann drinnen! Ein schauerliches Bild! Genug, höre ich den freundlichen Leser sagen, genug vom Kriege! Wir wollen nichts mehr von ihm hören, wir haben ihn gottlob hinter uns! Wir hatten genug damit, vier Jahre lang, wozu jetzt noch die alten Sachen aufreißten!

Nein! Nicht genug, denn nicht viel hat sich geändert. Wer einmal Gelegenheit gehabt hat, unsere Kasernen zu besuchen oder besser noch die Wirtschaftshäuser und Restaurants unserer kleinen Garnisonen, der kann noch heute konstataieren, daß Offiziere und Alkohol, Soldat und Alkohol eine treue Kameradschaft halten, eine treuere als Offiziere und Mannschaft. Ein Besuch in keinen Garnisonen wird jedermann von der Wahrheit meiner Behauptung überzeugen. Da nützt alles Zementieren, daß die Sagen jetzt zu klein seien, nichts, denn zahlreich sind die Fälle, daß die Mannschaft ihren letzten Heller Sold, Offiziere ihre letzte Wage für Liköre ausgeben!

In den Kasernen gibt es jetzt statt der Kantinen die sogenannten „Zatiki“, wo Schnaps, Likör und Wein verzapft wird. Vor dem Ausrücken, nach dem Ausrücken, bei jeder Gelegenheit wird heute noch in den Kasernen Alkohol konsumiert. Und wie viel erst außerhalb der Kasernen! Da das Militär nichts für den „Geist“ gibt, so wird der „Geist“ im Biere aufgenommen! Säuer-Liköre, Säuer-Rottmeister (ein jeder wird eine ganze Anzahl kennen) sind heute in der Armeegattung so wie im alten Oesterreich — „der Geist der Armeegattung“ (in dieser Wortspielbeziehung) der gleiche geblieben, wie anno dazumal! Ein trauriges Kapitel des Militarismus!

Ich schließe dieses Kapitel, obgleich ich über das Thema „Krieg, Militär und Saff“ aus Tagebuchaufzeichnungen mit Schilderungen von wüsten Anekdöten noch viel zu berichten hätte. Ich hoffe, daß diese Zeilen genügen, um die Entbalstamteitsvereine und maßgebenden Faktoren auf die ungeheure Wichtigkeit der Alkoholfrage beim Militär aufmerksam zu machen.